



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



## Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

## Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

## Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.















16  
Beleuchtung

Lo: 36

der

Opposition des Herrn Bais

gegen den

preussischen Zoll-Verein.

---

Stuttgart,  
mit Steintopfschen Schriften.

1833.

HF

2105

B45

18:02

1833

BARR

0000000000

0000000000

0000000000

0000000000

0000000000

0000000000

Herr Fabrikant Zais von Kannstadt, Abgeordneter zur zweiten Kammer der Stände-Versammlung, früher von Kannstadt, jetzt von Oberndorf, sucht die Meinung zu verbreiten, „der Anschluß an den preussischen Zollverein werde für Württemberg verderblich seyn. In dieser Absicht legte er im Anfange dieses Jahres der Stände-Versammlung eine Motion vor, welche seine gegen den Verein gerichtete feindliche Gesinnung ihm dictirt hatte. „Zu besserer Begründung“ jener Motion, und besorgend, es möchte „ein großer Theil seiner verehrten Herrn Collegen in dieser Kammer mit den Verhältnissen des Handels und der Gewerbe nicht so vertraut seyn“, als Herr Zais selbst es zu seyn überzeugt ist, entschließt er sich „über diesen wichtigen Gegenstand noch weiter sich zu verbreiten“, in einem ausführlichen Vortrage, durch welchen er in der Sitzung vom 17. Juli der vorausgesetzten Ankunde seiner Herrn Collegen zu Hülfe zu kommen sucht, damit die Kammer in den Stand gesetzt werde, die Zais'schen „Gründe in reifliche Erwägung zu ziehen.“

Hierzu hält er sich verpflichtet, weil der Gegenstand seiner „neuesten Ansichten“ — „eine europäische Bedeutung zu gewinnen scheint“, und weil er (Herr Zais), als „erster Handels-Vorstand zu Kannstadt“, „vorzugsweise die Interessen des Handels und der Gewerbe vertreten zu müssen glaubt.“ Gewiß, aus Achtung für die europäische Bedeutung und für den ersten Handels-Vorstand von Kannstadt, der über solche

Bedeutung die beste Auskunft geben kann, wird Jeder, dem es um Belehrung über den fraglichen Gegenstand zu thun ist, sich willig dem angekündigten Unterricht des Herrn Zais hingeben.

Wir haben daher mit unbefangener und unverdrossener Aufmerksamkeit sowohl die Motion des Herrn Zais, als seinen neuesten Vortrag gelesen; ja wir würden uns rühmen, seine Aufsätze studirt zu haben, wenn das Suchen nach etwas, das nicht zu finden war, ein Studium genannt werden könnte. Wir wünschten nämlich den Zusammenhang seiner Vorstellungen zu entdecken, die Verbindung der Thatfachen zu sehen, die seinem Urtheile zum Grunde liegen, die Ordnung zu kennen, nach welcher seine Deduktion der Verderblichkeit des preussischen Zollvereins sich zu einem Anfang, Mittel und Ende gestaltet. Wir müssen aber gestehen, daß wir auf Befriedigung solcher Wünsche zu verzichten genöthigt waren, und daß wir denjenigen für einen großen Meister, für ein schöpferisches Genie halten würden, der im Stande wäre, Zusammenhang, Consequenz und Ordnung in den erwähnten Vorträgen nachzuweisen. Da wir uns solche Meisterschaft nicht zutrauen, so mußten wir den Anfangs gefaßten Voratz aufgeben, dem Leser einen concisen Bericht über gedachte Ansichten in ihrer logischen Folge vorzulegen.

Ueberzeugt jedoch von der Zweckmäßigkeit, das Publikum auf den Charakter der Zais'schen Ansichten aufmerksam zu machen, finden wir kein kürzeres Mittel, als die beiden Aufsätze des Herrn Abgeordneten von Oberndorf, vollständig und unverändert, jedoch mit den, wie uns schien, nöthigen Anmerkungen begleitet abdrucken zu lassen. Ist diese Form der Dar-

stellung nicht die unterhaltendste für den Leser, so wird man uns nicht die Schuld davon beimessen. Wir mußten diese Form wählen, wollten wir gerecht gegen Herrn Zais seyn; denn hätten wir, um ermüdender haltungsloser Weitschweifigkeit auszuweichen, die wortreichen Reden des Herrn Zais auf ihren kürzesten Ausdruck gebracht, so hätte man uns anklagen können, wir suchten den Redner lächerlich zu machen, was wir doch, so viel an uns liegt, zu vermeiden alles Ernstes entschlossen sind; in der Hoffnung, der geneigte Leser werde unserer Rücksicht auf die Würde des ersten Handels-Vorstandes von Kannstadt Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Hier folgen in chronologischer Ordnung die Motion und der Vortrag des Herrn Zais, wodurch er die Württembergische Regierung und die Stände von einem Zollverein mit Preußen zurückzuschrecken sucht.

Unsere eingeschobene Bemerkungen sind, um sie von dem Texte des Herrn Verfassers zu unterscheiden, mit anderer Schrift gesetzt.

---

Motion des Abgeordneten Zais von Kannstadt, die beabsichtigte definitive Zoll-Vereinigung zwischen Württemberg, Baiern und Preußen betreffend.

---

„Durch einen Beschluß der ausgetretenen Stände-Versammlung ist ausgesprochen worden, daß sie zum Voraus ihre Zustimmung zu denjenigen Zoll- und Handels-Verträgen ertheile, welche die hohe Staats-Regierung im Interesse des Landes für angemessen erachten werde.“

In Gemäßheit jenes Beschlusses wurde unterm 27. Mai 1829 ein auf zwölf Jahre gültiger Vertrag zwischen

Baiern und Württemberg einerseits, und Preußen und Hessen-Darmstadt andererseits abgeschlossen, nach welchem nicht nur eine gegenseitige stufenweise Ermäßigung der Zölle, sondern auch mit dem Jahre 1835 eine ausgebreitete gegenseitige Zollherabsetzung unter gewissen gesetzlichen Bestimmungen eintreten sollte. — Eine definitive Zollvereinigung mit der Krone Preußen schien von jener Zeit an unsere und die Königlich bayerische Regierung ernstlich zu beschäftigen, und es wurden deshalb Commissäre nach Berlin gesendet, um jene Vereinigung herbeizuführen.

„So nachtheilig nun der schon jetzt bestehende Vertrag mit Preußen auf einen großen Theil der kleinen Gewerbe Württembergs wirkt, was allgemein anerkannt und sogar von dem Königl. Finanzministerium in seinem, in dieser Kammer gehaltenen Vortrag über den Staatshaushalt S. 36 bestätigt wird<sup>1)</sup>“, so blieb wenigstens die

- 1) In dem angezogenen Vortrage ist nur bemerkt, daß die Erweiterung des Zollvereins und der erhöhte Preis des Brenn-Materials den bisherigen Ertrag der Staats-Hüttenwerke um 5000 fl. vermindert haben. Wird nun auch die Hälfte des Ausfalls auf Rechnung des Vereins gesetzt, so konnte das Königl. Finanz-Ministerium unmöglich wie Herr Zais aus diesem Nachtheil von ein Paar tausend Gulden schließen, der Vertrag mit Preußen wirke nachtheilig auf einen großen Theil der kleinen Gewerbe Württembergs. Die Citation dieser Stelle aus dem Ministerial-Vortrage ist um so unpassender und kann der Meinung des Herrn Zais um so weniger zu Hülfe kommen, als die Staats-Hüttenwerke nicht zu den kleinen württembergischen Gewerben gehören. Von welchen kleinen Gewerben Württembergs oder bemerkt Herr Zais, daß sie durch den Handels-Vertrag mit Preußen in Nachtheil gesetzt wurden? Er nennt keine, sondern begnügt sich mit der absprechenden Rede: es sey dies „allgemein anerkannt.“ Allgemein anerkannt!! Es gibt Männer, deren Ansicht jener des Herrn Zais entgegengesetzt ist, und welche dieselbe durch unlängbare Thatfachen unterstützen können. Welche Gewerbe leiden nach seiner vertrauten Bekanntschaft mit diesem Stande? Sind es die Baumwoll-Weber, die Linnen- und Kaunefas-Weber, die Rothgerber, die Saffianerbeß, die Handschuhmacher, die Verfertiger von

Hoffnung, daß, wenn jener Vertrag nicht auf dem Tage des Vergleichs früher beseitigt werden kann, derselbe

.....  
 ächter und mächtiger Monarchie, und von Silberwaaren, die  
 Fabrikanten in lachten Blechwaaren, die Werker von  
 den Wind, die Papiermacher, die Strumpfmacher, die Verfertiger  
 chemischer Fabrikate, die Feinseiler, die Kammacher, die  
 Schwarzwälder-Uhrenmacher, die Instrumementmacher, die mechanischen  
 Spinnwerke u. s. w.? Herr Bais wird sich hüten,  
 den Zustand dieser Gewerbe zur Unterstützung seiner Anklage  
 anzuführen, denn sie alle haben durch den Handelsvertrag  
 neuen Absatz gefunden, der bei mehreren, seit den wenigsten  
 Jahren, während welcher der Vertrag besteht, in auffallendem  
 Verhältnisse gestiegen ist. Sind es unsere Tuchmacher? Bekanntlich  
 legen sich diese vorzugsweise auf die Fabrication mittelfeiner  
 Tücher, in welchen sie abgesehen von den Kosten des  
 Transports vor den preussischen Fabrikanten in der Regel den  
 wohlfeilern Ankauf des Materials voraus haben. Sie fürchten  
 in diesen auch die preussische Rivalität so wenig, daß sie bereits  
 in der Schweiz, in Baden, und noch auf weiter entfernten  
 Märkten mit den preussischen Produzenten eine glückliche  
 Concurrenz bestehen. Die feinen Tücher aber haben wir schon  
 bisher fast sämmtlich aus den Niederlanden bezogen. Sollte  
 sich aber durch den Verein die Zufuhr von groben sächsischen,  
 schlesischen und polnischen Tüchern wieder steigern, so kann  
 unsere Industrie, wie schon bisher an einigen Orten in der  
 Veredlung und Appretur solcher Tücher, namentlich der zur  
 Weiterverendung in das Ausland bestimmten, eine vermehrte  
 nützliche Beschäftigung finden. Aber die Metall-Arbeiter, die  
 Verfertiger von kurzen Eisenwaaren u. s. w.? Wir wollen  
 nicht läugnen, daß diesen die preussische Concurrenz nicht günstig  
 ist. Was muß man aber nun für das Messer halten, wenn die  
 vielen Produzenten des Inlands, die der Metallwaaren, der  
 Aexte, der Sägen, der Beilen u. s. w. bedürfen, diese aus  
 rheinpreussischen Fabriken wohlfeil beziehen können, oder wenn  
 sie dieselben von inländischen Feingoldschmieden theuer einkaufen  
 müssen? Wird man billigerweise, nur damit die inländischen  
 Schlosser bessere Nahrung finden, dem Inländer zumuthen, sein  
 Haus mit inländischen Thüren-Schloßern zu versehen, die um  
 die Hälfte theurer sind als die ausländischen Fabrik-Schlosser?  
 Eine solche Abhängigkeit ließe sich etwa noch vorübergehend rechtfertigen,  
 wenn begründete Hoffnung vorhanden wäre, unsere  
 Fabrication hierin allmählich auf die Stufe der rheinpreussischen

wenigstens mit dem Jahre 1841 sein Ende erreichen müßte. Ein definitiver Vertrag hingegen würde auch diese zernichten, und wenn gleich der Abschluß noch einigen Schwierigkeiten zu unterliegen schien, so war man vor dem Zusammentritt der Kammern doch nicht frei von der Besorgniß, daß derselbe möglicher Weise schnell erfolgen könnte, ja man muß sogar heute noch gewärtigen, daß der erwähnten ständischen Zustimmung eine Deutung inbichte gegeben werden, die sie in meinen Augen nicht hat. Der Handelsstand Württembergs hat im Gefühl dieser Gefahr schon am 18. April v. J. in einer Eingabe an die Königl. Regierung die Handels- und Gewerbs-Verhältnisse des Landes, und die für dieselben aus einem Zollverein mit der Krone Preußen hervorgehenden Nachtheile zu beleuchten gesucht. — Es sind zahlreiche Beitritts-Urkunden zu jener Eingabe bei dem Königl. Staats-Secretariat eingekommen, und man überließ sich der frohen Hoffnung, daß so viele vereinigte Stimmen angesehenen, wohl unterrichteter Gewerbsmänner aus allen Theilen des Landes gegen einen Verein mit Preußen, der Regierung ein willkommeniger Fingerzeig in diesem scheinbaren Labyrinth widersprechender Interessen seyn würden<sup>2)</sup>.

schen zu bringen. Allein hiezu fehlt es an den Elementen; Steinkohlen in nachhaltigen Abzügen haben wir im Vaterland bis jetzt nicht aufgefunden, und an Holz ist Ueberfluß noch nicht bemerkt worden, auch fehlt uns glücklicher Weise die drückende Armuth der unteren Volksklassen, welche sich in Rheinpreußen mit der Fabrication kurzer Eisenwaaren beschäftigen und ernähren.

- 2) Herr Zais bedient sich hier der Redefigur, die das Ganze sagt, wo nur ein Theil gemeint seyn kann. Die vielen angesehenen wohl unterrichteten Gewerbsmänner aus allen Theilen des Landes sind, wenn man die Metapher auflöst, Herr Zais selbst, der unstreitig nur aus Bescheidenheit unter der Menge sich zu verbergen sucht. Darum nennt er „eine Eingabe des Handelsstandes Württembergs“ was eine doppelt ausgegangene und von einigen Gewerbsmännern in Kannstadt und Stuttgart unterzeichnete Schrift war. Nach der Einreichung dieser Schrift erließ Herr Zais an den Handels- und Ge-



Da jedoch seine unbeantwortet gebliebene Eingabe mancherlei Aufsehung zu bekämpfen hatte, und sogar einige Städte des Landes sich von der Mehrzahl in dieser wichtigen Angelegenheit durch besondere Eingaben trennten, die im Grunde weniger dem Inhalt als der Form nach von der gemeinsamen abwichen; auch sonst in öffentlichen Blättern halboffizielle Widerlegungen und Vertheidigungen eines Preußenvereins — freilich ohne Einfluß auf die öffentliche Meinung — versucht wurden, und man daher auch jetzt noch zu der Vermuthung berechtigt ist, unsere Regierung theile die allgemeine Ansicht des Landes nicht, und halte sie vielmehr für eine irrige, oder für eine aus unlautern Quellen hervorgegangene, so erfordert es mein ständischer Beruf, die Ansichten, Bedürfnisse und Wünsche des Landes, ihre Folgerichtigkeit, so wie die in-

werbsstand im übrigen Lande Aufforderungen, sich dem Inhalte derselben durch abgesonderte, dem Königl. Staats-Secretariate vorzulegende Erklärungen anzuschließen.

Dieser Zumuthung wurde, wenn wir recht gehört haben, in einigen Orten entsprochen, und zwar stimmten die also bewirkten Eingaben so auffallend in Worten und Wortfügungen überein, daß man sogleich an einen gemeinschaftlichen Ursprung denken, und, ohne gerade boshaft zu seyn, Herrn Bais für den Lon-Angeber derselben halten konnte. Darin mochte Herr Bais den Triumph seiner öffentlichen Meinung zu sehen glauben.

Leider aber wurde an andern Orten keine Notiz von der Bais'schen Doktrin genommen; ja in mehreren ihrer Industrie wegen nicht unbedeutenden Städten wie Heidenheim, Biberach, Ebingen, Omünd, Eßlingen etc., fanden wenigstens ebenso wohl unterrichtete Gewerbsmänner sich durch den Eifer des Herrn Bais veranlaßt und aufgefordert, in eigenen Eingaben bei der Regierung, zum Theil unbedingt, für die Zollvereinigung mit Preußen, also auf eine nicht bloß der Form, wie Herr Bais in den folgenden Zeilen behauptet, sondern auch der Materie nach, von der Bais'schen Eingabe durchaus verschiedene Weise sich auszusprechen. Sonach konnte die Regierung den Fingerzeig des Herrn Bais und seiner Freunde nicht für einen sichern Führer aus dem Labyrinth der Widersprüche anerkennen.

unser Wahrheit der öffentlichen Meinung, in dieser Beziehung auszusprechen, in ihrem Namen und nach meiner innersten Ueberzeugung offen im Angesichte dieser hohen Kammer zu erklären: daß

1) die Waare unseres Activhandels, Ackerbau und Viehzucht, in einem solchen Vereine nicht nur unmittelbar keinen Vortheil, sondern mittelbar die größte Beeinträchtigung unfehlbar zu gewärtigen hätte<sup>3)</sup>; daß

2) der ehrliche Groß- und Kleinhandel in Colonial- und Manufaktur-Waaren dem stets mächtiger werdenden Schmuggelhandel unterliegen<sup>4)</sup>; daß

3) Fabriken und Handwerke, und zwar vorzüglich die kleineren, durch die preussische Concurrenz zu Grunde gehen müßten<sup>5)</sup>; daß

3) Nach bekannt gemachten officiellen Zusammenstellungen wurden in einem Jahre für 127,000 fl. landwirthschaftliche Produkte und für 640,000 fl. Viehvieh aus Württemberg nach Preussen und Hessen ausgeführt. Hiernach ist zu urtheilen, ob sich eine Beeinträchtigung der oben als Waare unseres Activhandels bezeichneten landwirthschaftlichen Produktion mit diesem Ergebnisse vereinigen lasse.

4) Durch den Verein mit Preussen, Hessen etc. verlieren wir die bayerische Zollgrenze von Amorbach bis Hof, das ist eine Zoll-Linie von achtzig Stunden Länge.

Auf dieser Linie wurde, wie bekannt, der Schleichhandel bisher verhältnißmäßig am stärksten betrieben. Wie soll nun dadurch, daß der Grund des Schleichhandels entfernt wird, dieser Handel mächtiger werden, und der ehrliche Groß- und Kleinhandel dem Schmuggel unterliegen?

Ist es nicht, als ob Herr Zais behauptete, die Diebe würden dort, wo nichts zu stehlen ist, um so gefährlicher werden?

5) Nach dem Abschluß des Handelsvertrages, also bereits seit längerer Zeit, ist mit Ausnahme von drei Artikeln allen preussischen Waaren die freie Einfuhr in Württemberg gestattet; dennoch sind dadurch bei uns keine Fabriken und Gewerbe zu Grunde gerichtet worden. Herr Zais führt auch kein Beispiel zur Unterstützung seiner Behauptung an, sondern scheint blinden Glauben an seine Unfehlbarkeit zu fordern. Oder soll, wenn er zweimal dasselbe sagt, seine Aussage dadurch neue Stärke erhalten? Wir begnügen uns ihn einmal widerlegt zu haben, und verweisen daher auf das zu 1. oben bemerkte.

4) die fiskalischen Formen der preussischen Zollgesetze mit unserer Verfassung unvereinbar seyen; und somit ein Anschluß an Preußen in jeder Beziehung mit dem Interesse des Landes unvereinbar sey.

Es dürfte mich zu weit führen, wenn ich jede einzelne dieser Negationen umständlich hier abhandeln wollte; es wird dieß auch um so weniger nöthig seyn, als im Verfolg meines Antrags-Entwicklung das Einleuchtende derselben sich befriedigend herausstellen wird. Auch schweige ich von den traurigen, die Moralität der Gränzbesohner untergrabenden Folgen der hohen Zollsätze, die in demselben Verhältniß um sich greifen würden; als wir uns den noch höhern preussischen Zöllen unterwerfen müßten.

Ich sage müßten, denn es kann dem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen, daß die Hoffnung, Preußen werde uns zu Gefallen seinem für dasselbe so nothwendigen Zoll-Systeme entsagen, eine gutmüthige Selbsttäuschung wäre <sup>6)</sup>.

6) Der aufmerksame Beobachter des Herrn Bais scheint den Stand der Dinge nicht zu kennen, und seine Augen in dem leeren Raume abzumähen. Er hält die Hoffnung, Preußen werde uns zu Gefallen seinem Zoll-Systeme entsagen, für eine gutmüthige Selbsttäuschung. Sowohl werden wir uns diesem Systeme gefesselt unterwerfen müssen? Gleichwohl können wir Herrn Bais die Versicherung geben, daß wir nicht unbedingt die preussischen Zollgesetze annehmen, sondern gemeinschaftlich eine neue Zollgesetzgebung verabreden. Versprechen wir uns dabei zur Beibehaltung mehrerer preussischen Einrichtungen, so geschieht es bei solchen, deren Zweckmäßigkeit anerkannt ist; zugleich aber sehen wir als Bedingung diejenigen Modifikationen, welche die commerciellen Bedürfnisse der süddeutschen Staaten erheischen. Wir lassen uns nicht auf preussische, sondern auf gemeinschaftlich verabredete Zollsätze ein, die von den demal in Preußen gültigen nicht selten bedeutend abweichen, und im Ganzen nicht höher als die bisherigen württembergisch-bayerischen sind. Da die Verkürzung der Zoll-Linie, deren theilweise Aufhebung die bessere Bewachung des übrig bleibenden Theiles zuläßt, so kann auf diese Art für die Moralität

Nicht weniger Täuschung liegt in der Voraussetzung, Sachsen und Baden werden sich nach dem Beitritt Baierns und Württembergs sogleich anschließen, und dadurch dem Schmuggelhandel die Nahrung abschneiden; geschähe auch ersteres, so würde letzteres doch nicht erfolgen; denn wie jetzt das Voigtland und die badische Gränze die Schmuggel-Linien bilden, so würde es in der Folge die Schweiz seyn?).

Wir Würtemberger setzen bei allen Besorgnissen, die sich uns aufdringen wollen, ein hohes Vertrauen in die Weisheit und Fürsorge unserer Regierung, wir glauben fest, daß sie vom reinsten Willen beseelt seyn müsse, die Interessen des Landes in Beziehung auf Handel und Gewerbe zu fördern; aber eben deswegen wird sie der Stimme des Volkes ein geneigtes Gehör nicht versagen, wenn dieses von seinem zwar niedrigen, aber richtigen Standpunkt aus, den ihm so nahe liegenden Gegenstand mit Umsicht, Sachkenntniß und Ruhe, aber auch mit aller Wärme beleuchtet, die eine so wichtige materielle Frage in allen Klassen des Volkes erregt. — Württemberg wünscht, daß die Regierung den lobenswerthen

tät der Grenzbewohner erhöhte Sorge getragen werden; viel leicht gelingt es sogar, durch fernere Erweiterung des Vereins die Zoll-Linie von unserem Lande gänzlich zu entfernen.

- [2) Herr Bais sprach im prophetischen Geiste, wie dieser ihm in Kannstadt erschien, zum Unglück aber dachte man in Dresden anders als sein Geist. Sachsen schloß sich dem Vereine an. Noch mag sich Herr Bais auf Baden verlassen, es werde seine Unfehlbarkeit als Prophet retten; doch sind bereits Anzeichen vorhanden, daß auch von dieser Seite „die Täuschung“, die er Andern zuschieben möchte, ihm als unbrauchbar vermittelt werden könnte. Was aber die Schmuggel-Linie betrifft, die sich im Fall des Anschlusses Badens nach der Schweiz ziehen würde, so scheint die Entdeckung nicht neu, daß der Schleichhandel, wenn man in einem Lande ihm das Handwerk legt, in einem andern sein Glück versuchen werde. Dieß war auch bei dem Verein mit Baiern der Fall; hätten wir, um dem Schleichhandel das Weiterreisen zu ersparen, die Zoll-Linie von der bayerischen Grenze nicht entfernen sollen?

Grundfäden, die den Verein mit dem Kantonreich Valern ins Leben gerufen, getreu bleiben, und es sich auch ferner zur Aufgabe machen möge, den Activhandel Württembergs, auf welchem unsere ganze Existenz beruht, durch alle ihr zu Gebot stehenden Mittel und Kräfte zu schützen! Was sie dazu neben dieser ihrer Hauptaufgabe noch weiter durch Hinwegräumung der dem Gewerbfleiß entgegenstehenden Hindernisse Zweckdienliches und Förderliches thun mag, wird mit dem ehrerbietigsten Dank durchs ganze Land anerkannt werden <sup>8)</sup>).

Die Regierungen vermögen es nicht, den Handel und die Industrie — dieses freiwillige Zusammenwirken unendlicher physischer und moralischer Kräfte — zu erschaffen

8) Wie war bei dem anerkannten Vertrauen der Württemberger in die Weisheit der Regierung es möglich, vorauszusetzen, die Regierung werde ihre Weisheit dadurch zu bewähren suchen, daß sie ihre hohe Stellung verläßt, den welcher sie die nahen und fernern Gegenstände im Zusammenhang mit den allgemeinen Interessen übersieht; sie werde statt dessen dem „Fingerring“ des Einzelnen folgend, den niedrigen Standpunkt, der nur das Nahe und das einseitige Interesse sehen läßt, für den einzig richtigen halten. Die Regierung würde dadurch weder „Unwissenheit“ noch „Sachkenntniß“ verrathen, sondern bei solcher Weisheit wahrhaft in ein Labyrinth ohne Ausgang gerathen, in welchem selbst der Befehl des Herrn Kaisers nicht verthigen und trösten könnte — die „Stimme des Volkes“ ist eine sehr beachtenswürdigste, wenn es gilt, die verschiedenen Bedürfnisse desselben zu kennen; aber wie die verschiedenen Interessen zum Wohl des Ganzen in Einigung zu bringen, dies ist nicht jedem Rathe des Volks bekannt, und seine Stimme daher noch keine unfehlbare und entscheidende. Die Regierung, wir sind es überzeugt aus andern Gründen, als Herr Bais geltend macht, wird den Lebenswichtigen Grundfäden treu bleiben, und es sich auch ferner zur Aufgabe machen, den Activhandel Württembergs durch alle ihr zu Gebot stehenden Mittel und Kräfte zu schützen; sie würde aber dieser Bewahrung zu entsprechen außer Stande sein, wenn sie, was freilich nicht denkbar ist, durch einseitige Ansichten von niedrigem Standpunkte, die Herr Bais für die allgemeine Kräfte des Landes angibt, sich irre machen lassen könnte.

fen, aber gefährden können sie diese Lebens-Elemente durch zweckwidrige, wenn auch gut gemeinte Maßregeln eben so sehr, als sie ihn durch weise Gesetze zu fördern und zu heben die Pflicht haben.

Unser Actiohandel besteht in der Ausfuhr von Getreide, Sämereien, Zug- und Schlachtvieh, Holz, Salz, Potasche, Wolle, Leim, Leder, Leinwand u. s. w.

Die Ausfuhr unserer übrigen Industrie- Erzeugnisse kommt hier wenig in Betracht, und kann nicht als Actiohandel aufgeführt werden, denn sie wird durch die bei weitem größere Einfuhr fremder Erzeugnisse aufgewogen<sup>9)</sup>. — Der nicht unbedeutende Zwischenhandel dagegen ist mit dem Actiohandel aufs Engste verbunden, er steigt und fällt mit demselben.

Wenn es nun wahr ist, daß die hier genannten, wenigen Ausfuhr-Artikel allein es sind, die uns Geld verschaffen, indem wir bekanntlich weder Gold noch Silber, ja nicht einmal Kupfer zur Scheidemünze in unsern Bergen finden, so haben wir wahrlich Aufforderung genug, jede nur denkbare Störung unseres Actiohandels zu entfernen. Eine Zollvereinigung mit Preußen macht aber eine solche Störung nicht nur möglich, sondern sogar höchst wahrscheinlich.

Jede politische Spannung, noch mehr aber der Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen Preußen und Frankreich, würde das im Zollverband mit Preußen stehende

- 9) Solche Behauptungen sollten erwiesen werden; es genügt nicht, unsere Ausfuhr durch den Machtpruch eines Einzelnen für unbedeutend zu erklären. In unserem Verkehr mit Preußen kommt der Handel mit Glasperlen und Silber-Apparaten, mit Papier und Material-Waaren allerdings in Betracht.

Die Regierung hat schon über Aus- und Einfuhr bekannt gemacht, die, um mit Grund über diese Angelegenheit zu urtheilen, nicht ignoriert werden sollten. Vergleicht man den gegenseitigen Actiohandel im Verkehr mit Preußen, so findet sich, daß wir in der Bilanz nicht zurückstehen.

Süddeutschland in eine nachtheilige Stellung in Betreff seines Ackerhandels mit Frankreich bringen 10).

Preußen würde z. B. die Ausfuhr von Pferden nicht mit gleichgültigen Augen ansehen; nun kann es uns aber in seinem Lande keinen Ersatzmarkt öffnen. — Preußen bedarf keiner fremden Pferde, Frankreich hingegen kauft unsere Pferde gerne und bewilligt Preise, wobei der Pferdezüchter bestehen kann, und es darf wohl noch bemerkt werden, daß der Pferdehandel auf den Schutz des Staates einigen Anspruch zu machen hat, da dem Wesphälischen

11) Von dem Herrn Verfasser einer Motion in Handels-Angelegenheiten hätte man doch nicht glauben sollen, daß er die Grundsätze der französischen Handelsgesetzgebung so wenig kenne, als es nach diesen Bemerkungen den Anschein hat.

Frankreich hat in seinen Eingangsabzöllen seit 1816 nur sehr wenige Veränderungen vorgenommen, und alle solche Änderungen, wie die im Jahr 1822 verfügte exorbitante Erhöhung der Vieh-Einfuhrabzölle, sind zu unserem großen Schaden ausgefallen. Ohne Rücksicht auf die Polysysteme der Nachbarstaaten, welche diese liberal sehr wohl nicht, befolgt Frankreich, consequent sein System der abgeschlossenen Handels-Politik.

Wie wenig es gesonnen ist, in der nächsten Zukunft hiervon abzugehen, beweist der kürzlich in der Deputirten-Kammer erschnittene, mit Beifall aufgenommene Commissions-Bericht über den Entwurf eines neuen Zolltarifs-Gesetzes.

In diesem merkwürdigen von dem Grafen von Saint-Ariste erstatteten Berichte, auf dessen näheren Inhalt wir verweisen, wird zwar die allmähliche Aufhebung der Einfuhr-Verbote als zeitgemäßer Bedürfnis dargestellt, zugleich aber mit gewichtigen, aus den industriellen Verhältnissen Frankreichs abgeleiteten Gründen die Nothwendigkeit geltend gemacht, die Einfuhr aller Producte der Natur und des Gewerbfleißes, welche Frankreich, wenn auch etwas theurer, als das Ausland, selbst herzubringen vermag, bleibend mit sehr hohen Einfuhrabzöllen zu belassen. Von Frankreich also, welches der Einfuhr fremder Erzeugnisse alle in seinem eigenen Interesse nur immer möglichen Beschränkungen auflegt, und sogar im tiefsten Flehen gegen seine Nachbarn einen fortwährenden Handels- und Industriekrieg unterhält, sind keine weiteren Nachtheile zu fürchten, wie es auch immer die Verhältnisse unserer Handels-Politik zeigen werden.

und Gefühlsweisen ein jährliches Opfer von 75,000 fl. von dem Lande gebracht wird. Der wichtigere Ausfuhr-Artikel von Schlachtvieh nach Frankreich wird zwar vielleicht weder in Kriegs- noch in Friedenszeiten durch preussische Einmischung beeinträchtigt werden, desto gewisser aber haben wir von Frankreich Retorsions-Maßregeln alsdann zu erwarten, wenn wir den preussischen Adler an unsern Grenzen aufpflanzen, und unter seinen Fittigen die zahllosen Erzeugnisse preussischer Industrie frei und frank wie einen Strom über Süddeutschland sich ergießen lassen, während die französischen und Schweizer Waaren mit ungeheuern Zöllen belegt bleiben<sup>11)</sup>. — Mit der tiefen Besorgnisse beschwichtigenden, die Natur des Handels mißkennenden Behauptung: Frankreich könne unser Vieh, unsere Wolle, Leinwand u. s. w. nicht entbehren, und müsse unter allen Umständen unser Abnehmer bleiben, reicht man nicht aus. — Nur ein mächtiger Staat könnte den Egoismus und die stolze Anmaßung ungestraft auf jene Spitze treiben, und z. B. zu seinem schwächeren Gränz Nachbar sagen: du mußt Alles von mir kaufen; unter der Bedingung, daß ich nichts von dir kaufe!

Da wir aber nicht so viel Macht besitzen, als die Durchführung einer solchen verwerflichen, aller gesunden Handels-Politik widersprechenden Maxime erfordert, so wollen wir die Regierung bitten, die Bedürfnisse des Landes, die Natur seines Handels und seiner Gewerbe mit Hülfe aller ihr zu Gebot stehenden Intelligenz, und mit unerbittlicher Zurückweisung aller sich so gerne geltend machenden Privatabsichten zu prüfen; sie wird dann die ewig wahre Lehre bestätigen finden, daß nur Gegenseitigkeit des Verkehrs dem Handel eine sichere Grundlage und Dauer

11) Daß nach der Zollvereinigung die Erzeugnisse der Industrie gegenseitig frei und frank zugelassen werden, ist in der That der Sache begründet; daß wir aber den preussischen Adler an unsern Grenzen aufpflanzen werden, ist eine falsche Nothwendigkeit, die übrigens den Geist der Nation sehr unheimlich beengt.



Dauer gibt; sie wird bei ihren Forschungen ein für den projectirten Zollverein sehr zweideutiges Resultat herausbringen, und finden, daß, wenn überhaupt Verträge abgeschlossen werden wollen, Gegenseitigkeit des Verkehrs die erste Bedingung seyn muß, daß es nicht genügt, diese Bedingung mit schönen Worten in den Vertrag hineinzuschreiben, sondern daß das gegenseitige Verhältniß der contrahirenden Länder wirklich von der Art sey, daß ein für beide Theile nützlicher Tauschhandel in Wahrheit Statt findet<sup>12)</sup>.

Frankreich kann sich, wenn politische oder staatswirthschaftliche Zwecke es gebieten, große Opfer und Entbehrungen auferlegen, durch die es gewiß ist, ein kleines Nachbarland, das sich in Verträge einläßt, die ihm nachtheilig sind, zu Grunde zu richten.

So läßt es sich z. B. zum Schutz seiner Colonien und zu Belebung seiner Runkelrüben = Zucker = Fabrication hohe Zuckerpreise gefallen; kann es nun diesem industriellen Frankreich gleichgültig seyn, wenn ihm so schöne volkreiche Länder, wie Württemberg und Baiern, zu Gunsten Preußens verschlossen werden? Wird es nicht zu Repressalien schreiten, und die vor wenigen Wochen von seinem Handels = Minister vorgeschlagene Herabsetzung des Zolls auf Schlachtvieh unterlassen, oder sogar zu Gunsten seiner Landwirthschaft die Zölle noch höher als bisher setzen, wie bereits durch vielfältige Petitionen darauf angetragen worden ist? Wenn die Viehzucht in Württemberg sich in neueren Zeiten trotz des hohen französischen Eingangszolls auf Schlachtvieh gehoben hat, so ist man zu der Vermuthung berechtigt, daß dieser nie genug zu wirtscha-

12) Die Regierungen von Württemberg und Baiern werden sich niemals mit einem Lande in einen Zollverband einlassen, in welchem nicht Gegenseitigkeit des Verkehrs die erste Bedingung wäre, auch der beabsichtigte Zollverein mit Preußen ist auf diese Grundlage gebaut, mehr wird aber kein billiger Handelsmann von einer solchen Verbindung verlangen wollen.

unde mächtige Hebel unserer Landwirthschaft. Diese so  
 reichliche Nahrungsquelle des Landmanns noch viel be-  
 deutender, und ihr Ertrag noch viel größer seyn würde,  
 wenn wir durch angemessene Concessionen, durch ermäßigte  
 Zölle auf französische Waaren, Frankreich vermocht hätten,  
 seine Zölle auf Schlachtvieh nie zu hoch zu steigern, und es  
 ist eine hohe Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß das klare  
 gegenseitige Interesse eine dießfallige Unterhandlung zu  
 einem erwünschten Ziel geführt haben würde<sup>13)</sup>.

Die allen und jeden Zollsystemen mit Recht abholde  
 Schweiz wird uns zwar wegen der Begünstigung der  
 preussischen Fabrikate keine Zollrepressalien entgegensetzen,  
 aber kommt einmal der Fall, daß die Getreide-Preise in  
 Genua und in Oberschwaben *à pari* stehen, so dürfte  
 sich zeigen, daß unter gleichen Umständen die Sympathie  
 der Schweizer sich auf die Seite des ihnen durch Handels-  
 Verbindungen nahe stehenden Genua's neigte.<sup>14)</sup>

3) Die Litraden über das gefällige Verhältniß, in das wir uns  
 zum Verein mit Preußen zu Frankreich setzen sollen,  
 überlassen wir dem geneigten Leser nach dem oben Bemerkten  
 selbst zu würdigen. Wie abgeneigt die französische Deputirten-  
 Kammer den Vorschlag der Regierung auf Herabsetzung des  
 Schlachtviehzolls aufgenommen hat, dieß ist seither des öftern  
 bekannt geworden. Frankreich würde sich durch Zugeständnisse,  
 welche ihm Württemberg allein zu Gunsten des Absatzes seiner  
 Luxusfabrik-Waaren machen wollte, zur Herabsetzung seiner Vieh-  
 zölle, gegen welche sich die Interessen der Normandie und an-  
 derer Viehzucht treibenden Gegenden auflehnen, niemals be-  
 wogen finden, weit eher noch ist die Erreichung solcher Conces-  
 sionen in Gemeinschaft mit andern vereintem und auch sonst in  
 gleichen Verhältnissen befindlichen Staaten zu erwarten.

Der Erzielung eines solchen Handels-Vertrags wäre aber  
 der Welt-Vertrag mit Preußen in keinem Theile entgegen.

4) Wenn es irgend ein Land gibt, wo das kaufmännische Interesse  
 das vorherrschende ist, so ist es die Schweiz. Diese Thatsache  
 bedarf keines andern Beweises. Kann der Schweizer seine  
 Waare auch nur um einen Rappen wohlfeiler in Northach  
 haben, so wird er sich eher nicht in Genua holen. Von der  
 Schweizer Sympathie hören wir hier das erste Mal reden.

Frägt man nach den Gründen des hatarwörthigen (N) Vereins mit Preußen, so hebt man neben verschiedenen scheinbaren Vorteilen auch ganz naiv den heraus, daß die Consumenten bei zollfreier Einfuhr der preussischen Fabrikate gewinnen <sup>15)</sup>; man gesteht also, daß die bisherigen ungeheuern Zölle durch deren Ertrag man in den Stand gesetzt war, die großen Kosten der Manth.-Anstalten zu bestreiten, und mit deren Hilfe die vaterländische Industrie gefördert werden sollte, diesen Zweck nie im Ernste gehabt habe; denn sonst könnte man nicht in dem Augenblicke, als die Wirkung der hohen Zölle auf den innern Fabrikbetrieb anfieng, sichtbar und wohlthätig zu werden, den Zollstamm, der das Land schon Millionen gekostet hat, durchstechen und damit das wenige Gute, was etwa daraus hervorgegangen, freiwillig der Zerstörung preisgeben <sup>16)</sup>.

- 15) Warum soll ein Verein mit Preußen „naturwidrig“ seyn? Etwa weil Herr Pais keine Sympathie für Preußen fühlt? Und warum sind alle Vorteile, die gegen Herrn Pais sprechen, nur „scheinbar?“ Er weiß es nicht, so wenig als daß die Rücksicht auf die Consumenten eine wichtige seye. Indem eine Zollvereinigung die Beseitigung der Beeinträchtigungen bezweckt, welche die Entwicklung der productiven Kräfte der Länder in beschränktem Raume findet, soll sie allerdings auch dem Consumenten nützen, insofern sie ihm den Ankauf derjenigen Gegenstände erleichtert, welche andere Gegenden vermöge gegebener Verhältnisse wohlfeiler erzeugen können, was denn auch für den Produzenten vielfach vorteilhafte Rückwirkung hat. —

Man muß die verschiedenen Interessen der Staatsbürger in ihrem Zusammenhange aufgefaßt haben, wenn man sich der vertrauten Bekanntschaft mit denselben räumen will.

- 16) Jede Zollvereinigung bereitet einzelnen Fabrikanten neue Concurrenz, daraus erklärt sich ihre Opposition.

Es steht noch in frischem Andenken, wie hartnäckig sich viele, namentlich bayerische Fabrikanten gegen den segensreichen Verein zwischen Württemberg und Baiern ereifert haben. Die Zeit erst konnte sie über ihr wahres Interesse belehren — darum wird es auch jetzt nicht zu verwundern seyn, wenn in Württemberg und Baiern z. B. Lärtschproth's Fabrikanten über die Verbindung mit Preußen klagen, weil sie es gerne sehen wär-

Bei diesem Argument vergißt man überdies, daß wir bei freier Einfuhr französischer Waaren ungefähr dieselben Vortheile genießen, und dadurch unseren Ackerhandel eine auf gegenseitigen Verkehr gestützte Grundlage und Dauer geben würden; damit will ich aber keineswegs andeuten, daß die französischen Waaren zollfrei seyn sollen <sup>17)</sup>.

Man sagt ferner, unsere Fabrikanten werden durch vermehrte Concurrenz zu größerer Betriebsamkeit, Fleiß und Sparsamkeit angespornt, und ihre Gewerbe werden sich daher, wenn auch mit etwas weniger Vortheil, dennoch behaupten können <sup>18)</sup>. Das werden sie aber nicht können, wenn man ihnen nicht, wie z. B. in Rheinpreußen, einen Napoleon'schen Handels-Coder <sup>19)</sup>, wohlfeile

den, wenn die rothen Carne von Elberfeld, die durch den durchgehenden Zollbaum kommen, durch einen Eingangszoll von 10% zurückgehalten würden. Ohne Zweifel befindet sich hin und wieder auch ein anderes Gewerbe in ähnlichem Falle. Dies ist aber ein unvermeidlicher Nachtheil für den Einzelnen bei der Erweiterung des Markts, welche dem Ganzen Gewinn bringt. Man müßte schlechthin keine Handels-Verträge schließen, wollte man den Widerspruch jedes Einzelnen für entscheidend erklären.

17) Wir bezweifeln nicht, daß ein Zollverein mit Frankreich seine erheblichen Vortheile hätte; aber hiezu auch nur einen Versuch zu machen, würde Jedermann für eine Chimäre halten.

Einem Handels-Vertrage mit diesem Lande steht übrigens der Verein mit Preußen nicht entgegen.

18) Nirgends war in Absicht auf industrielle Production eine größere Ungleichheit zu finden, wie in den verschiedenen Provinzen des preussischen Gesamtstaats, als diese durch das Zollgesetz vom 26. Mai 1818 unter Aufhebung der Binnen-Zölle zu einem Ganzen vereinigt wurden. Und obgleich dem Verbande die abgesonderten Rheinlande, deren erstarrte Industrie jetzt so oft als Schreckbild dienen muß, beigelegt worden sind, so hat doch diese Vereinigung die besten Folgen gehabt, indem die Industrie in allen Theilen der preussischen Monarchie seit jener Zeit den erfreulichsten Aufschwung genommen hat. Die Hauptanwendung ist leicht auf die vorliegende Vereins-Frage zu ziehen.

19) Man kann die Zweckmäßigkeit und Vollkommenheit dieses Codex gerne zugeben, ohne deshalb zu der Behauptung berechtigt zu

Steinöfen<sup>20)</sup> und arais Leate im Nebenfluß zu Kohlenver-  
schafft, die sich zu ihrer täglichen Nahrung mit Kar-  
tuffeln und Eichorien-Caffee begnügen<sup>21)</sup>, wenn man  
ihnen nicht ein an Kapitalien und Seehandel reiches Holz-  
land durch den Zauberstab einer wohlthätigen Fee zum  
Nachbarstaate gibt<sup>22)</sup>, wenn man nicht die klimatischen  
Verhältnisse und den daraus hervorgehenden Volkscha-  
rakter ändert<sup>23)</sup>, und endlich, wenn man nicht der Re-

geln, daß unsere Civilrechts-Gesetzgebung dem Aufkommen der  
Industrie als wesentliches Hinderniß im Wege steht; diese Be-  
hauptung liegt aber in der Ausführung des Herrn Satz, wenn  
sie anders einen zur Sache gehörenden Sinn hat.

20) Ist es wohlfeile Steinöfen für jeden Fabrikationszweig ein  
unerläßliches Bedürfnis wären; es gibt Länder, die ärmer als  
Brennmaterial sind als wir, und gleichwohl sich auf eine hohe  
Stufe des Gewerbseifers erhoben haben.

21) Der Verfasser stellt die widersprechendsten Behauptungen auf,  
wie es eben das Bedürfnis seiner Argumentation erfordert.  
Bald spricht er von selbsterwerbender Aemlichkeit in andern Ländern, bald  
vermißt er bei uns den Mangel an ärmern Leuten, der sich  
in Rheinpreußen finde und uns mit rheinpreussischer Fabrika-  
tion nicht in Concurrenz treten lasse, und dieses Rheinpreußen,  
das, wie er uns hier sagt, so ausnehmend viele arme Bewo-  
ner zählt, wird von ihm anderwärts wieder als das wahre  
Elorado, als das hoch beglückte Land beschrieben. Daß der  
Verfasser seine eigenen Verhältnisse bei Stille, so kann er einem  
Nebenfluß an solchen Leuten, der allerdings den Fabrikherrn  
vortheilhaft seyn mag, unbilliglich als ein Glück des Landes  
halten; daher mag er eine Fabrikation, die nur bei solcher  
Armuth fortgeführt werden kann, immerhin Preußen geben;  
aber sich mit diesem Argument gegen den preussischen Verein  
erheben, scheint fast — dürfen wir es sagen? — lächerlich  
zu seyn.

22) Daß Rheinpreußen für den Absatz seiner Erzeugnisse eine vor-  
theilhafte Lage hat, wird Niemand bestreiten; es wäre aber  
traurig, wenn alle die Länder, welche nicht unmittelbar an  
Holland grenzen, sich des Gewerbseifers begeben müßten. Der  
gesunde Verstand, der die Natur und Verhältnisse jedes Landes  
ermägt, und darnach die Speculationen des Gewerbseifers  
berechnet, ist wirklich der Zauberstab eines wohlthä-  
tigen Fies.

23) Bestehen sich die industriellen Kantone der Schweiz in andern  
klimatischen Verhältnissen als wir?

gering: das Recht einräumt, über die Staatsgelder unbeschränkt zum Vortheil des Handels und der Gewerbe zu verfügen; denn es ist bekannt, daß die preussische Regierung dem gewerblichen Unternehmungs-Geist die größten Geldunterstützungen zufließen läßt, was eine, an ständische Zustimmung gebundene Regierung nie auf eine so großartige Weise zu thun im Stande ist<sup>24)</sup>.

Ein weiteres Argument für den preussischen Zollverein soll darin liegen, daß uns damit ein vergrößerter Markt eröffnet werde. Das sind aber offenbar Worte, über deren Sinn eine kleine Verständigung Noth thut. Denn da nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch nur der Ort oder das Land ein Markt genannt werden kann, wo sich Käufer für die dem Verkäufer entbehrlichen Gegenstände einfinden, in Preußen aber die Nachfrage nach württembergischen Natur- oder Industrie-Erzeugnissen nur sehr gering ist, so hat dieser sogenannte vergrößerte Markt nicht nur wenig Vortheil, sondern vielmehr für den Unwissenden und Unerfahrenen den Nachtheil, daß er gleichsam in April geschickt wird, indem man ihm Hoffnungen zu einem Markte macht, der für ihn nicht vorhanden ist<sup>25)</sup>.

41) Nach der Summe, welche Preußen jährlich auf die Unterstützung von Gewerben verwendet, hätte Württemberg für den gleichen Zweck bei seiner Bevölkerung verhältnißmäßig jährlich 6,000 fl. aufzuwenden, wäre etwa Württemberg nicht vermögend genug, eine solche Ausgabe, wofür sie sich als genügend verhalten dürfte, zu decken? Und wäre es vermessen, die ständische Zustimmung zu erwarten, wo es die Erreichung so wohlthätiger Zwecke gilt? — daß, wo Stände wirken, eine großartige Handlungsweise unmöglich sey, dünken und wollen wir Herrn Bais nicht glauben. Aber verwundern mußten wir uns über die Konsequenz der constitutionellen Grundsätze des Herrn Bais.

42) Ein großer Raum ist immer auch ein großer Markt. Wir haben bereits das günstige Ergebniss der Vereinigung sämtlicher preussischen Lande in ein Zollsystem gedacht; ähnliche glückliche Erfolge hat die Aufhebung der Binnen-Zolllinien auch in andern Ländern, in Frankreich, Oesterreich u. s. w. gehabt, obwohl nicht im mindesten daran zu zweifeln ist, daß diese Maßregeln einzelne Interessen mehr oder minder der-

**St. Louis**, was bisher nicht geschehen ist, noch ein weiterer scheinbar wichtiger Beweggrund für den Anschluß an Preußen geltend gemacht werden, nämlich der, daß ein mit Preußen, Hessen-Darmstadt und Churbessen verbundenes Baiern und Württemberg vortheilhaftere Handelsverträge mit fremden Mächten abschließen könnte, als jedes der kleineren Länder in seinem isolirten Zustand zu thun vermöchte<sup>26)</sup>. Hierauf ist aber zu erwiedern, daß

legend getroffen haben. Herr Bais aber hält den Verein mit Preußen für naturwidrig. Wir fragen ihn, ob es naturgemäß ist, fünf oder sechs Millionen in eine Zoll-Linie einzu-zwängen, während unsere großen Nachbarstaaten dem Handel und Verkehr von zwanzig oder dreißig Millionen freien Spielraum gewähren? wir fragen, ob wir uns in solcher Lage mit diesen Nachbarstaaten im Gleichgewicht befinden? — Zu berechnen und vorauszusagen, wie sich der Verkehr von Ländern, die Jahrhunderte lang durch Mauthlinien geschieden waren, nach Begräumung der Schranken, forthin gestalten werde, liegt außer dem Bereiche menschlicher Combination. Noch ist wenig Zeit verfloßen, seit wir mit Preußen in Handels-Verbindung stehen, und doch zeigt sich eine auffallende, zum Theil in einem Jahre bis auf mehr als das Doppelte gehende Zunahme des Absatzes in denjenigen Artikeln, welche unsern Actiohandel nach Preußen bilden.

Solche Resultate sind klarer als Alles, was wir bisher in der Motion gegen den Verein gelesen haben. — Niemand, auch nicht der in deutschen Handels-Angelegenheiten Vertraueste, konnte vor Anknüpfung der conventionellen Verhältnisse zwischen beiden Vereinen diese günstige Progression voraussagen; die Wahrscheinlichkeit eines solchen Ergebnisses, wäre sie zu behaupten versucht worden, würde von allen engherzigen Alltagsmenschen, die nur das Gegebene achten, auf das Hartnäckigste bestritten worden seyn, und so auch von allen Kurzsichtigen, deren Urtheil sich auf das beschränkt, was vor ihren Füßen liegt; hauptsächlich aber von allen Eigennützigen, die das gemeinsame Interesse nicht achten, sobald sie die Gefährdung des eigenen auch nur für möglich halten.

**26)** Aus welchem Grunde wird behauptet, daß dieser Beweggrund bisher noch nicht geltend gemacht wurde?

So wie man über die Mittel nachdenkt, die sich abschließenden großen Staaten zur Mäßigung zu bestimmen, muß sich die Bemerkung aufdringen, daß diese Staaten auf die Ansprüche

bei Handels-Verträgen nicht einzig das politische Gewicht, sondern vielmehr die gegenseitigen mercantilen Rücksichten die Vertrags-Artikel dictiren, und es ist mehr als wahrscheinlich, daß unser Interesse in solchen Verträgen nicht immer seine volle Anerkennung und Wahrung finden dürfte. \*)

Uebrigens möchte ich, da es mir nur um Wahrheit zu thun ist, weniger Gewicht auf Argumente als auf Zah-

eines isolirten kleinen Landes wenig Rücksicht nehmen werden, daß erst verbundene Maffen in dieser Beziehung auf Beachtung rechnen dürfen. Warum nun soll dieser Grund nur scheinbar seyn? hat doch Herr Zais selbst oben gesagt: „nur ein mächtiger Staat könne den Egoismus ungestraft auf die Spitze treiben — gegen den schwächern Nachbar.“ Also soll dieser Nachbar durch Verbindung sich zu stärken suchen; denn „das politische Gewicht“ ist vorzugsweise entscheidend. — Was ist dabei nur scheinbar? Denkt Herr Zais vielleicht an seinen eigenen Verein mit einigen gleichgesinnten und gläubigen Freunden zur Bildung einer Opposition gegen den Vertrag mit Preußen? Er konnte freilich seiner Ansicht dadurch nur scheinbaren Nachdruck geben; anders aber verhält es sich mit dem Gewicht, das die verbundenen Staaten durch ihre Vereinfügung in die Waagschale gelegt haben, um ihre Bedeutung den Verteidigern einer isolirenden Politik sichtbar zu machen. Die Erfahrung hat auch bewiesen, daß die Freunde der Zoll-Kriege den Sinn des Vereins besser zu würdigen wissen, als es Herrn Zais bisher gelingen wollte. — Der Vortheil ist also reell, nicht bloß eingebildet; er ist um so wirklicher, falls die Interessen der einzelnen theilhaftigen Staaten gegen Verletzung sicher gestellt werden, wie dieß im Vereins-Vertrage mit Preußen geschehen ist.

27) Wenn mehr als das politische Gewicht, die gegenseitigen mercantilen Rücksichten die Vertrags-Artikel dictiren, warum soll denn das politische Gewicht stark genug seyn, gerade unsern Interessen die Anerkennung zu versagen? Und warum soll unsere Regierung, in deren Weisheit wie Würtemberger ein hohes Vertrauen setzen, unsere Interessen nicht zu wahren verstehen? Wir haben alles Vertrauen, in den guten Willen des Herrn Zais, etwas Bedeutendes zu sagen; aber wir fürchten, Klarheit des Ausdrucks sey nicht seine Sache. Oder sind Klarheit der Gedanken und Begriffe eine bloße Waare, gegen deren Einfuhr sich zu sträuben Pflicht ist?



len legen. Man weist durch die Liste unserer Ausfuhr nach der Schweiz, Oestreich, Italien und Frankreich, sehr gleichend mit jener nach Preussen, die Ausfuhr-Summen nach, und ich nehme gerne meinen Antrag zuruck, wenn daraus hervorgeht, daß unser Actishandel mit Preussen von so großer Bedeutung ist, daß wir uns um die Abneigung derjenigen reichen Länder, mit denen wir zu allen Zeiten im möglichsten Verkehr standen, und denen wir nicht allein materielle Vortheile, sondern auch in Kunst und Wissenschaft so Vieles zu verdanken haben, nichts zu bekümmern haben<sup>28)</sup>.

Man beruft sich bei uns gerne auf das Großherzogthum Hessen, das sich nach dem Inhalt der Dank-Adresse seiner Ständekammer in dem Zollverein mit Preussen wohl zu befinden scheine; wenn man aber jene Dank-Adresse genauer prüft, so wird es klar, daß die Kammer jenen Verein nicht für etwas an sich Gutes, sondern vielmehr nur für das kleinere von zwei Uebeln hält<sup>29)</sup>.

28) Herr Pais macht seine Belehrung von Unabglickeit abhängig; denn er verlangt von der Verwaltung Notizen, welche diese, wie dem Gewerbsmanne bekannt seyn muß, zu geben nicht im Stande ist.

Die Zoll-Belehrden wissen die Bestimmung der Ausgangs-Güter nur im Allgemeinen, und können vermög der einfachen zollamtlichen Behandlung solcher Güter nicht wissen, auf welchen auswärtigen Markt sie bestimmt sind. Uebrigens würde die Kenntniß der verlangten Ausfuhr-Summen unsere Verhältnisse zu den genannten Ländern nicht verändern. Von ihnen, wir wiederholen es, haben wir keine nachtheilige Vergeltung zu besorgen, welches System wir auch ergreifen mögen; auch kann von Neigung oder Abneigung hier schiedsweise nicht die Rede seyn. Frankreich und Oestreich mit der Italien haben strenge Verbot- und Prohibitions-Systeme, die sie handhaben, wir mögen uns benehmen wie wir wollen, und die neuen Donanen-Gesetze dieser Staaten haben die Einfuhr-Erschwerungen bereits auf einen Grad gesteigert, daß sie kaum weiter getrieben werden können; jedenfalls aber ist anzunehmen, noch strengere Prohibitionen sehen von diesen Staaten nicht in unserm, sondern lediglich in ihrem eigenen Interesse unterlassen worden.

29) Im Großherzogthum Hessen haben sich die Landstände in ihrem

In dem darf bei Beurtheilung der Großherzoglich-hessischen Zoll- und Handels-Verhältnisse nicht übersehen werden, daß dieses Land vermöge seiner geographischen Lage, seiner wichtigsten Boden-Erzeugnisse und dem Stande seiner Gewerbs-Thätigkeit nach, hie und da Vortheile, jedenfalls aber weniger Nachtheile in dem Anschluß an Preußen findet, als dieß für Württemberg und Baiern der Fall seyn würde<sup>30)</sup>. Das vom preussisch-hessischen Zollgebiet, theilweise umschlossene Herzogthum Nassau, das Gelegenheit hat, die Vortheile des preussischen Zollsystems zu würdigen, hat sich bis jetzt nicht zum Anschluß bewegen gefunden<sup>31)</sup>.

Alles, was ich über den vorliegenden Gegenstand gesprochen habe, würde wenig practischen Werth haben, wenn es nicht zugleich auch seine volle Anwendung auf das Königreich Baiern, mit dem wir jetzt Einen Handelsstaat bilden, fände.

Baiern hat, mit Ausnahme seiner Rheinprovinz, so wie Württemberg, keine Grenzberührung mit Preußen, es

jüngsten Sitzungen über die Ergebnisse der Zoll-Vereinigung mit Preußen unter dankbarer Anerkennung ihrer wohlthätigen Einwirkung auf die vaterländische Production sehr zufrieden und bewundernd ausgesprochen, was wir dem Herrn Bais statt aller Antwort hier entgegenstellen.

30) Ein mit diesen Angelegenheiten vertrauter Repräsentant der Handels-Interessen hätte, die Gründe angeben sollen, warum Württemberg und Baiern „jedemfalls Nachtheile in dem Anschluß an Preußen finden.“ Behauptet, hat dieß Herr Bais zwar auf jeder Seite, bewiesen nie und nirgends.

31) Was Nassau betrifft, so könnte Herr Bais wie bei Sachsen leicht noch einmal zum falschen Propheten werden, denn dort haben sich auf das Neue sehr zahlreiche und gewichtige Stimmen erhoben, welche einerseits die Nachtheile, die dieses kleine Land durch seine Follrung erleidet, andererseits die Vortheile, welche es für den Verkauf seiner Weine, seines Viehs, seines Eisens, seiner Mineralwasser und seiner sonstigen Naturproducte (Gewerbs-Industrie besitzt es bekanntlich nicht) im Vergleiche mit Preußen fände, mit lebhaften Farben geschildert haben.

hat keinen Getreidehandel mit demselben 32). Das natürliche Handels-Interesse leitet es an Oestreich, Italien, die Schweiz und Frankreich. Es theilt sich mit Württemberg in den Getreide-, Vieh-, Wolle- und Leinwandhandel nach der Schweiz und nach Frankreich 33).

Baiern besitzt in Franken, im Voigtland und in Oberschwaben viele mit Italien und mit der Levante in directem Verkehr stehende Gewerbe, auch richtet es jetzt mit besonderem Interesse seine Blicke auf Griechenland, dessen selbstständige politische Existenz der bairischen Industrie ein schönes Feld der Thätigkeit eröffnen dürfte.

Die Gründe, welche in Württemberg gegen einen Zollverein mit Preußen sprechen, gelten auch für Baiern, und werden sich ohne Zweifel in der nächsten bairischen Ständerversammlung übereinstimmend mit den Ansichten in Württemberg aussprechen 34).

32) Der Anschluß des bairischen Rheinkreises mittels seiner Angrenzung an Preußen, Hessen-Darmstadt und die schon länger im preussischen Vereine befindlichen überrheinischen Fürstenthümer wird hier als eine unerhebliche Sache hingestellt, während die Beseitigung der commerciellen Isolirung dieser Provinz für die bairische Regierung ein Gegenstand von der höchsten Wichtigkeit ist. — Die Angrenzung Baiern's an Ansbach und Hessen-Darmstadt wird von dem Verfasser als nicht in seine Argumentation passend mit Stillschweigen übergangen, obgleich er weiß, daß diese Zoll-Linie mit der anstoßenden, dem Schleißhandel so günstigen Zollgrenze gegen die Thüringischen Herzogthümer und das Königreich Sachsen in ihrer sehr bedeutenden Ausdehnung durch die Union mit Preußen verschwinden wird; daß Baiern gegen den preussisch-bessischen Verein keinen Actibandel habe; ist nicht in der Wahrheit begründet.

33) In der Annahme, daß unser Actibandel in diesen Ergebnissen nach den angeführten Vändern nicht auch im Zollvereine mit Preußen nach wie vor fortbestehen sollte, ist nicht der mindeste Grund vorhanden. Indessen, Herr Reis will es so.

34) Durch den Landtags-Abschied vom 29. December 1831 haben die Stände des Königreichs Baiern, welche zu Ende dieses Jahres, ohne durch neue Waplen verändert zu seyn, wieder zusammenkommen, in verdigter Würdigung der wohlthätigen Folgen, welche die Entfernung der Zollschranken zwischen dem

Thematische Vereine zwischen Bundes-Ländern, die sich berühren oder umschließen, und deren gegenseitiger Verkehr eine Einigung dringend fordert, wie dieß zwischen Baiern und Württemberg der Fall ist, sind bei der Ungewißheit, die Bestimmungen der Wiener Congress-Acte in Betreff des freien Handels je in Erfüllung gehen zu sehen, nothwendig unerläßlich geworden.

Ganz anders stellt sich aber die Frage, wenn von einer allgemeinen Zoll- und Handels-Vereinigung sämtlicher deutscher Bundesstaaten im Ernste die Rede ist; wenn wir die Hoffnung fassen dürfen, es werde bald im Ocean die deutsche Bundes-Flagge wehen, wenn uns die Aussicht erdffnet wird, den Nährstand der Bundes-Länder mit seinen verschlungenen innern Interessen eben so systematisch zu einer Einheit verbunden zu sehen, wie es bei'm Wehrstand — dem Bundesheer — bereits der Fall ist; wenn wir die Gewißheit erlangen, daß alle erleuchteten Regierungen der Bundesstaaten die sonnenklare Wahrheit thatsächlich anerkennen, daß neben kostspieligen Bundespflichten auch Bundesrechte bestehen, und daß folglich nur ein freier Austausch der Erzeugnisse des Bodens und des Gewerbfleißes innerhalb des Gebiets des Bundes den Grundsätzen wahrer Staats-Weisheit, so wie heilig zu haltender Verträge entspreche, und wenn in diesem Geiste eine allgemeine Einigung aufrichtig gesucht wird, dann wird Württemberg freudig dem deutschen Handelsbunde beitreten, und in dem Wohl des Ganzen auch die Begründung seiner eigenen Wohlfahrt finden<sup>35)</sup>.

württembergisch-bairischen und preussisch-hessischen Vereins-Gebiete in mehr als einer Hinsicht haben müßte, zu Erreichung dieses Ziels der Regierung sehr ausgedehnte Ermächtigungen gegeben. Wir dürfen, ohne unbescheiden zu seyn, bezweifeln, daß die bairische Motion die bairischen Landstände zu Verlängerung der ihren früheren Beschlüssen zu Grunde gelegten Motive bewegen konnte.

35) Wenn wir glauben dürfen, was hier mit gezielten Worten von Bewirkung einer allgemeinen deutschen Zoll- und Handels-Vereinigung gesagt ist, sey wirklich Ernst des Verfassers, so

Wenn sich aber dem durch die Noth gebotenen natürlichen Verein zweier Bundesstaaten mittleren Rangs ein unsere Grenzen nicht berührender dritter Bundesstaat ersten Rangs, mit dem wir keinen Activhandel<sup>36)</sup> treiben, und dessen Ueberlegenheit in allen Zweigen der Industrie unsere Erwerbs-Quellen bedroht, wenn ein solcher Staat sich anzuschließen sucht und es vorzieht, auf dem Wege von Separat-Verträgen ein preussisches Zollsystem nach und nach über ganz Deutschland zu verbreiten, statt seinen mächtigen Einfluß an dem durchlauchtigsten Bundesstag dahin zu verwenden, daß die sämtlichen Bundesstaaten zu einem deutschen Handelsstaat verbunden werden, und somit unsere Hoffnungen auf ein Bundes-Handelsystem zernichtet, so muß ich pflichtgemäß die Ueberszeugung aussprechen, daß, da schon der vorläufige Vertrag mit Preußen für Württemberg so nachtheilig ist, ein definitiver Verein von den traurigsten Folgen für unser Vaterland seyn würde<sup>37)</sup>.

Der Umstand, daß ein großer Theil der oben bemerkten Nachtheile durch den Vertrag von 1829 bereits be-

würden wir uns zu ehrender Anerkennung seiner patriotischen Gesinnungen gedrungen fühlen, allein Herr Pais nähme es uns sicher sehr übel, wenn wir ihm, der sich zur Erörterung solcher Fragen ganz besonders berufen glaubt, nicht so viel Auffassungs-Vermögen und Einsicht zutrauen würden, daß wir glauben könnten, es seyen ihm die unbesiegbaren Hemmnisse unbekannt, die der Einigung aller deutschen Staaten zu freiem Handel und Verkehr in gegenwärtiger Zeit entgegenstehen; daher wir in diesen Worten kaum etwas anderes zu erkennen vermögen, als eine Waffe, mit welcher Herr Pais die ihm aus eigenthümlichen Gründen unangenehme Zoll-Verbindung mit Preußen zu bekämpfen versucht.

- 36) Mit Preußen und Hessen hat Württemberg allerdings Activhandel, indem es mehr dahin ausführt, als es von dort erhält.
- 37) Indem wir uns auf das früher Bemerkte beziehen, erwähnen wir nur noch, daß vermöge des Handels-Vertrags mit Preußen und Hessen von 1835 an alle Erzeugnisse gegenseitig frei eingehen dürfen, daß also der Verein, in welchen alle Geldstrafen durch Ursprungs-Heugnisse und Formalitäten wegfallen, schon deswegen nicht schädlicher, sondern nützlicher wirken wird.

Reihe, kann durchaus kein Grund seyn, alle weiteren nachtheiligen Folgen eines preussischen Zollsystems über uns kommen zu lassen. Wenn, wie man uns sagt, der Anschluß an Preußen der einzig mögliche Weg ist, auf dem wir zu dem so erwünschten Ziel eines allgemeinen deutschen Handelsbundes gelangen können, so erfordern es die Gesetze der Klugheit und der Vorsicht, daß man sich von allen Seiten gleichzeitig nach jenem Ziel hin bewege, um in geschlossener Reihe dort zusammenzutreffen.

Man sieht, daß man auch bei friedlichen Unterhandlungen über Handels-Verträge einer gewissen Taktik nicht entbehren kann <sup>38</sup>).

Ich füge nur schließlich noch bei, daß unter allen Umständen unsere Wünsche in erster Linie auf eine allgemeine Zoll- und Handels-Vereinigung aller deutschen Bundesstaaten gehen <sup>39</sup>), in zweiter Linie auf einen süddeutschen Vertrag zwischen Baiern, Würtemberg und Baden <sup>40</sup>),

38) Je mehr bei einer Unterhandlung Contrahenten, desto vielfältiger und getheilter die Interessen, desto verschiedener die Ansichten, desto schwieriger das Geschäft, desto unsicherer der Erfolg, dieß haben schon die früheren Verhandlungen über einen süddeutschen Verein in Darmstadt und Stuttgart zur Genüge bewiesen. Auch gehört, um sich in geschlossener Reihe von allen Seiten gleichzeitig zu einem Ziele zu bewegen, offenbar dazu, daß alle Glieder dieser Reihe hiezu Lust und Neigung haben, woran es aber Mehreren derselben offenbar gebricht. Für die Erreichung der Absichten des Verfassers mag die von ihm vorgeschlagene Taktik allerdings sehr praktisch seyn; für die Entseßung des deutschen Handels aber wäre sie sicher ohne allen Gewinn. Uebrigens werden wir bei Gelegenheit des Basler Vortrags auf seine Idee zurückkommen, mit dem Verein des Ganzen anzufangen und den Verein der Theile als gefährlich zu vermeiden.

39) Dieser Wunsch, mit dem wir uns gerne vereinigen möchten, wird noch lange ein frommer bleiben.

40) Es kann dem Verfasser nicht unbekannt seyn, daß die letzte bayerische Stände-Versammlung ihre Zustimmung zu Abschließung eines Zoll-Vereins nur für den Fall erklärte, daß derselbe aus Preußen, Baiern, Würtemberg, Hessen-Darmstadt und Kurhessen bestehe, daß sie sogar eine Vereinigung Badens mit Baiern und Würtemberg ausdrücklich ablehnte.

und in dritter Linie auf die Fortdauer des Vertrags mit Baiern<sup>41)</sup>.

Wünsche, die nicht mehr wollen, als daß die Bundes-Akte in Beziehung auf den freien Handel innerhalb der Bundesstaaten in Erfüllung gehe, sollte man in einer deutschen Kammer mit der Hoffnung aussprechen dürfen, daß sie bei allen Regierungen freundlichen Eingang, und unter allen Volksstämmen des deutschen Bundes Theilnahme und Anklang finden werden.

Ich wiederhole schließlich meinen Antrag:

Es möchte einer hohen Kammer gefallen, die von der vorigen Kammer ausgegangene Bevollmächtigung der Staats-Regierung, mit der Krone Preußen einen definitiven Zoll- und Handels-Vertrag abzuschließen, nachdem eine neue Stände-Versammlung zusammengetreten, und die Unterhandlungen der Regierung mit der Krone Preußen zu keinem Resultate geführt haben, unter Hinweisung auf §. 85. unserer Verfassungs-Urkunde für erloschen zu erklären, zugleich aber auch um Mittheilung der auf die Unterhandlungen mit der Krone Preußen Bezug habenden Papiere zu bitten.

Nachdem wir den Lesern die Zais'sche Motion un-  
verkürzt vorgelegt, und ihre Bedeutsamkeit in unsern Bemerkungen zu würdigen gesucht, wird es möglich seyn, den Inhalt oder Gehalt derselben in kurzen Worten zu wiederholen, ohne daß wir in den Verdacht kommen, durch die Abkürzung dem Herrn Verfasser Unrecht thun zu wollen.

Herr Zais ist der Meinung, der Vertrag wirke nachtheilig auf die kleinen Gewerbe; — wir haben eine ganze Reihe von Gewerben nachtheilhaft gemacht, die bereits durch den Verein gewonnen haben.

41) Diese Fortdauer, wenn die Schluß-Anträge des Verfassers in Verwirklichung kämen, wäre sehr problematisch.

Herr Zais erzählt, es hätten sich zahlreiche Stimmen gegen den Verein erklärt, wir haben bemerkt, daß diese Stimmen von ihm ausgegangen, und daß viele andere Stimmen sich im entgegengesetzten Sinne erklärten.

Herr Zais behauptet, die halb offiziellen Widerlegungen seiner Ansichten seien ohne Einfluß auf die öffentliche Meinung gewesen, ohne jedoch nachzuweisen, daß seine Meinung und die öffentliche gleich bedeutend seyn.

Seine Gründe gegen den Verein mit Preußen, oder die er wenigstens für Gründe erklärt, sind folgende:

- 1) Ackerbau und Viehzucht hätten davon die größten Beeinträchtigungen zu gewärtigen; wir haben die Nichtigkeit seiner Besorgnisse nachgewiesen.
- 2) Der ehrliche Großhandel werde dem Schmuggelhandel unterliegen; — wir haben erinnert, daß eine Linie von 80 Stunden Länge, auf welcher der Schleichhandel bisher am stärksten betrieben wurde, durch den Verein von uns entfernt würde.
- 3) Fabriken und Handwerke würden zu Grunde gehen; — wir haben aus den Erfahrungen seit dem Handels-Vertrage mit Preußen gezeigt, wie übertrieben solche Behauptungen sind.
- 4) Die Formen der preussischen Zollgesetze wären mit unserer Verfassung unvereinbar; — hierauf ist oben erklärt worden, daß wir von preussischen Gesetzen nichts in unsere Zoll-Gesetzgebung aufnehmen werden, als was wir zweckmäßig und mit unserer Verfassung vereinbar finden.

Herr Zais meint, es würde ihn zu weit führen, wollte er diese Gründe umständlich abhandeln, was nur heißen kann: die versuchte Begründung seiner angeblichen Gründe könnte ihn dahin führen, ihre Unhaltbarkeit sichtbar zu machen. Was ist aber seine Motion ohne die Umständlichkeit? Von der durch den Schmuggel bedrohten Moralität will Herr Zais schweigen,



Schweigen, man weiß nicht warum? Er macht uns aber aufmerksam, daß wir uns den höhern Zöllen werden unterwerfen müssen; — die gemeinschaftlich geführten Verabredungen zeigen das Gegentheil, Sachsen und Baden werden sich nicht anschließen; aber Sachsen hat sich bereits angeschlossen; daß Baden nachfolgen werde, kann zur Zeit zwar nicht mit Bestimmtheit behauptet, aber doch noch weit weniger bestritten werden.

Herr Zais erkennt an: die Würtemberger setzen alles Vertrauen in die Weisheit ihrer Regierung, aber diese Weisheit müsse zu Schanden werden, wenn die Meinung des Herrn Zais nicht Gehör fände und nicht befolgt würde. Dieß ist eigentlich der ganze Inhalt der Motion.

Zu den bösen Folgen des Vereins mit Preußen zählt Herr Zais den Nachtheil, den ein Krieg zwischen Frankreich und Preußen dem Activhandel Würtembergs zufügen würde; womit er nichts sagt, als daß ein Krieg den Combinationen des Friedens jederzeit nachtheilig sey.

Herr Zais will die Regierung bitten, bei dieser Angelegenheit „die sich so gern geltend machenden Privat-Absichten unerbittlich zurückzuweisen.“ Gewiß wird die Regierung ihm hierin entgegenkommen.

Herr Zais hält einen Verein mit Frankreich für vortheilhafter als den naturwidrigen (!) mit Preußen; er rath auch der Regierung, Frankreich zu Concessionen zu bewegen; den leeren Rathschlägen fehlt nur der Nachdruck des Beweises, daß die Ausführung möglich sey, trotz aller entgegengesetzten Beweise der Erfahrung.

Die Schweiz sey auch zu schonen, denn sie fühle Sympathie für Genua. Alle Gründe für den Verein mit Preußen sind nichtig in den Augen des Herrn Zais.

Die Concurrenz wird unsern Fleiß nicht anspornen, weil wir keinen Code Napoleon, keine Steinkohlen und keinen Ueberfluß an armen Leuten haben, weil wir nicht an Holland grenzen, und weil die repräsentative Regierung den Handel nicht begünstigen könne. Der Vortheil eines großen Marktes sey gefährlich, weil dabei die Leute in den April geschickt werden. Die größere Macht mehrerer verbundener Staaten sey nur scheinbar, denn es sey mehr als wahrscheinlich, daß unsere weise Regierung unsere Interessen nicht zu wahren wissen werde.

Uebrigens ist Herr Zais bereit, seine Meinung aufzugeben, wenn die Regierung ihm etwas sagt, was sie nicht weiß und nicht wissen kann, und was selbst Herrn Zais unbekannt ist. Die Hessen halten den Verein nicht für etwas absolut Gutes, sondern nur für das kleinere von zwei Uebeln, — was, nach unserer Meinung, schon zu bedenken seyn dürfte, wäre nicht die Zais'sche Motion an sich gut und gar nicht übel.

Wichtig sey auch der Umstand, daß Hessen nicht in Schwaben liegt, und daß Nassau sich noch nicht an den Verein angeschlossen hat.

Alles, was Herr Zais hier gesagt, gelte auch für Baiern, dessen Stände, durch die Motion belehrt, sich wahrscheinlich im Widerspruch mit ihrem früheren Beschluß für die Ansicht des Herrn Zais erklären werden.

Theilweise Vereine zwischen Binnenländern wären nothwendig; das preussische Zollsystem aber sey verderblich, und die Folgen desselben dürfen nicht fortbestehen. Schließlich führt Herr Zais seine Wünsche in taktischer Ordnung auf; — ob der Feind vor dieser furchtbaren Stellung zurückweichen werde, steht zu erwarten.

Wir lassen nun den in der Ständesitzung vom 17. Juli gehaltenen Vortrag des Herrn Zais folgen; derselbe lautet also:



Ich bitte die anwesenden Erklärung voranz, daß eine wo möglich allgemeine Zollvereinigung sämmtlich

bitten, die nöthigen Bemerkungen der Aufmerksamkeit des Lesers zu empfehlen.

Herr Boiss spricht von Gründen, die er in seiner Motion zu entwickeln gesucht; aus der Analyse dieser Motion aber ging hervor, daß er allen Gründen für den Verein mit Preussen die Gültigkeit absprach, während wir nachgewiesen zu haben glauben, daß von den Thatfachen bisheriger Erfahrung die Boiss'schen Gründe gegen den Verein für nichtig erklärt werden.

Hätte Herr Boiss, ehe er sich anschickte, einer hohen Ständerversammlung die Mühe zu ersparen, erst selbst versucht, die anstehenden Gründe in reifliche Erwägung zu ziehen, er hätte kaum übersehen können, wie zu gründlicher Lösung der vorliegenden Frage Erhebung des Geistes über den niedrigen Standpunkt, über Einseitigkeit der Ansicht, wie deutsche Begriffe und Klarheit der Auffassung, wie tiefes Eindringen in die Natur des Gegenstandes erfordert werden; und wie Befangenheit im beschränkten Interesse, bloßer Hinblick auf das Naheliegende, der ungesfähre Gebrauch liberaler Phrasen und ein zufälliges Anstreifen an die Natur der Dinge jene Erfordernisse nicht ersetzen können. Dann hätte er auch erkannt, daß der fragliche Gegenstand nicht bloß „je länger je mehr“ eine europäische Bedeutung zu gewinnen scheint, sondern solche von Anfang gehabt habe. Die hohe Bedeutung aber hätte beschämend die Vorstellung zurückweisen sollen, als ob alle Beobachter der europäischen Angelegenheit bisher nur im Dunkeln sich mit derselben beschäftigt hätten, als könne erst ein Wort von Ihm Licht über das Chaos verbreiten. Wer nicht vielmehr bei den Fortschritten der Zeit in Untersuchungen der politischen Deconomie voranzusetzen, daß schon vor Herr Boiss Männer vom Fach sich mit den hier zu erwägenden Gründen würden bekannt gemacht haben? Nichts Beachtliches zu dem Glauben, solche Männer würden unserer Ständerversammlung fehlen, und Herr Boiss kann nicht zureichend genug ihrer Unkunde entgegenreten.

In der That würde die entfernte Beachtung dieser Verhältnisse jedem Unbefangenen die Anschaulichkeit verrathen haben, sich öffentlich für den Mann zu erklären, der allein Europa, die Regierung und die Repräsentanten des Volks in den Stand setzen könne, die Sache in gründliche Untersuchung zu ziehen.

der deutschen Bundesstaaten: für eben so wenig zu be-  
 ansehe, als ich die theilweisen Unterhandlungen mit  
 der Bundesregierung. — In dieser Hinsicht des einzelnen  
 Mitglieds der Commission ist zu bemerken, dass

Von dem vorgerichteten Eintritt in die Ständekammer hätte nur  
 ein erbliches Stände-Mitglied leben müssen, und auch ein sol-  
 cher würde aus Bescheidenheit es lieber andern überlassen hat-  
 ten, die Verantwortung zu übernehmen, falls die Kammer dadurch  
 der Unterstützung einer hohen Intelligenz beraubt worden wäre.  
 Bei Herrn Jais aber ereignete sich der ganz einfache Fall,  
 dass er nicht gleich Anfangs gewählt wurde; dass er die Wahl  
 fern von dem Bezirke, der ihn als ersten Handels-Vorstand  
 kennt, erst errang, als durch das Austritten eines andern  
 Gewählten eine Lücke entstand. Wäre aber Herr Jais auch  
 früher gewählt worden, so möchte daraus noch nicht die Ge-  
 wisheit seiner Theilnahme an den Geschäften der Commission  
 folgen; es hing nicht von ihm allein ab, für ein notwendiges  
 Mitglied der Commission erklärt zu werden. Was jedoch das  
 Wesen des Ministers betrifft: der Herr Jais nicht zur Con-  
 ferenz zog, so muß man freilich dasselbe unbegründet und un-  
 vergänglich haben. Wie ich, Herr Finanz-Minister, aus den  
 Handelsstand des bedeutendsten Stiles Württembergs: Stutt-  
 gart, Ulm, Heilbronn, Remlingen, Gail und Esslingen, so wie  
 das Expeditionshaus Kellern von Kempten zu einer Besprechung  
 kam, und der Handelsvorstand von Kempten, noch mehr, der  
 erste Handels-Vorstand dieser Stadt, Herr Jais erhielt keine  
 Einladung! Wusste der Minister nicht, daß Herr Jais, vor-  
 zugsweise die Interessen des Handels und der Gewerbe ver-  
 treten zu müssen glaubte? Ahnete er nicht, daß Herr Jais  
 gegenüber von der Regierung und der Stände  
 Versammlung seine neuesten Ansichten auszuspre-  
 chen habe? Nun! Der erste Vorstand wird diesen Mangel  
 an Aufmerksamkeit bald verthmerzt haben; es erlaubt ihn  
 auch nur, weil es jetzt um so mehr dringend notwendig  
 für ihn ist, zu besserer Begründung seiner Motion  
 nach weiter sich über den Gegenstand zu verbreiten.  
 Zu besserer Begründung! Wir begreifen dies Versprechen  
 um so freudiger, da wir in der Aeußerung zugleich den Plau-  
 den an die Bescheidenheit des Herrn Jais wieder hergestellt  
 zu sehen begreifen, indem sich das Gefühl darin ausgespro-  
 chen scheint, es sey die Motion bisher nicht ganz gut begrün-  
 det gewesen.

keine Malsteuer, Schlachtsteuere u. s. w. werden eben so gewiß auf uns übergehen, als bei'm Verein mit Baiern der Malzausschlag in Württemberg eingetreten ist. Ohne diese Gleichstellung der Verbrauchssteuern wäre der Zollverein nur eine halbe Maasregel; der Verkehr würde auf bestimmte Zollstraßen und Eingangsstationen beschränkt, und denselben veratorischen zeitraubenden Formalitäten unterworfen bleiben wie gegenwärtig. <sup>5)</sup> Dieser Uebelstand wäre zwar für Württemberg, das wenig nach Preußen ausführt, nicht sehr fühlbar <sup>6)</sup>, er würde aber um so gewisser unsern Verkehr mit Hessen, Baiern, Sachsen u. c. behindern, je weniger diese Staaten es umgehen könnten, die preussischen Verbrauchssteuern einzuführen; in diesem Falle müßte auch Württemberg nothgedrungen dazu schreiten.

5) Was Herr Zais „mit Grund besorgt“, ist nichts als leeres Gerede, ist kein Leiden, das von dem Verein zu befürchten wäre, sondern nur eine Plage für die Geduld der Leser. Der Vertrag mit Preußen ist durchaus frei von dem hier ihm aufgebürdeten Zwange, indem er vielmehr ausdrücklich bestimmt, daß die Münze als Waare betrachtet und ihr innerer Werth gegenseitig abgemessen, daß in der Zoll-Verwaltung zwar nicht wie bisher nach bairischem Gewicht, aber auch nicht nach preussischem, sondern nach hessischem, nach Kilogrammen gerechnet werden soll; daß jedem Staate seine Selbstständigkeit in der Besteuerung verbleiben, und nur bei wenigen Gegenständen, Wein, Branntwein und Tabak, welche in Preußen höher belegt sind, wenn diese dahin eingeführt werden, eine Ausgleichungs-Abgabe statt finden soll, deren Entrichtung weder mit einem besondern Zwange, noch mit Verationen verbunden seyn wird. Sollen diese ausdrücklichen Bestimmungen des Vertrags weniger bedeuten als die Schreckbilder des Herrn Zais? — Was die Malsteuer betrifft, so wäre diese, auch ohne einen Verein mit Baiern, als die geeignetste Biersteuer angenommen worden; sie ist so wenig eine Folge des letzten Vereins, daß bis auf den heutigen Tag die Einfuhr von Bier von dem einen Vereinsstaat in den andern einer Abgabe unterliegt.

6) Schade, daß dieser großmüthig ertheilte Trost nicht ausdauert, indem Württemberg nicht wenig, sondern viel nach Preußen ausführt, wie schon des Htern gezeigt worden ist.

Nun aber würden wir, indem wir unser System der indirecten Besteuerung dem preussischen gleich stellten, nicht allein die directen Steuern erhöhen müssen, um einer schreienden verfassungswidrigen Ungleichheit zu entgehen (denn wo bliebe der Grundsatz der Gleichheit, wenn z. B. der Besitzer eines Bauerngutes von 100 Morgen 250 fl. an Zehnten und Steuern bezahlt, während Bierbrauer, Wirthe, Metzger, Bäcker, Müller, Branntweinbrenner u. von gleicher Kategorie eine 4 bis 6fach höhere Steuerquote zu entrichten hätten?) — sondern wir würden auch unser Steuerverwilligungsrecht zu einem Scheinrecht, zu einer Illusion herabgewürdigt sehen; denn da der Zoll hauptsächlich eine Verbrauchssteuer ist, die Zolltarife aber unzmöglich in sechs oder acht verschiedenen Ständekammern mit irgend einer Wahrscheinlichkeit eines schnellen Einverständnisses, was bei Veränderung der Zollsätze doch so dringend ist, regulirt werden können, so müßte dieses wichtige Geschäft nothwendig den theilhaftigen Regierungen überlassen bleiben, und somit wäre den Ständen das Verwilligungsrecht über einen wichtigen Theil der Besteuerung aus den Händen gewunden. In Preußen, wo die Staatsverwaltung an keine verfassungsmäßigen Normen bei der Besteuerung gebunden ist, mag die Ungleichheit sich mit guten Gründen vertheidigen lassen; wer unter uns aber möchte die Verantwortung auf sich nehmen, für einen Zollverein zu stimmen, dessen nächste Folge die wäre, daß man die Gesamtsteuerlast in Württemberg durch einen einzigen Akt der Gesetzgebung in einem Augenblick vergrößerte, wo das Volk mit allem Rechte Ansprüche auf Erleichterung zu machen hat? <sup>7)</sup>

7) Wir hoffen, der gelehrte Leser werde bemerken, wie hier der erste Handelsvorstand von Mannheim als ein tief in die Geheimnisse der Finanzwissenschaft Eingeweihter spricht. Die Erhöhung einer indirecten Steuer erfordert auch schwer Einsicht, auch die Erhöhung der directen Steuer; denn wo bliebe sonst die verfassungsmäßige Gleichheit? Jeder erhöhte Zoll auf Zucker und Kaffee z. B. mache also nothwendig, auch den Acker mit neuen

Man wird mich der Uebertreibung beschuldigen, in Dem ich solche Befürchtungen ausspreche<sup>8)</sup>; man wird entgegen: auch Württemberg, das in den neueren Zeiten

Steuern zu belassen. Ob nun schon jeder Landmann, welcher Zucker und Kaffee kauft, in dem Preise dieser Waare indirekt eine weitere Steuer bezahlt, so ist doch Herr Salz damit nicht zufrieden; er will zugleich die direkte Steuer selbst erheben, der verfassungsmässigen Gleichheit wegen. Wie sich Herr Salz diese Gleichheit denkt, so müßte in constitutionellen Staaten, für ein Klafter Holz der Gleichheit wegen gerade so viel Abgabe gezahlt werden, als für ein Klafter Brillanten, wenn anders so viel zu finden wären.

Das Beispiel des Bauerngutes von 100 Morgen und von den Bierbrauern in gleicher Kategorie ist um nichts besser als das eben angeführte. Ungleiche Dinge sollen in der Steuer nicht gleich bezahlt werden. Der Bierbrauer zahlt für 100 Morgen, wenn er sie besitzt, nicht mehr als der Bauer in gleicher Kategorie; der Bierbrauer, der Wirth u., der den Malz-Ausschlag zahlt, ist nur der Eindrittel der indirekten Steuer, die unter allen Consumenzien sich gleich vertheilt. In der That, wir müssen glauben, unser Finanzmann habe an die Verschtheit der Natur, der indirekten Steuern und jener der direkten nicht gedacht, sonst würde er sich gehütet haben, eine Behauptung aufzustellen, die in gleicher Kategorie mit dem zu stehen scheint, was man im gemeinen Leben ein Absurdam zu nennen, aber<sup>9)</sup> aus Ablichkeit nicht zu bedachten pflegt. Wir hätten auch gerne davon geschwiegen; läme es nicht darauf an, den Gehalt der Behauptung nachzuweisen, daß der Salz'schen verfassungsmässigen Gleichheit wegen, unsern Ständen das Steuer-Vermilligungsrecht durch den Verein mit Preußen würde aus den Händen gewunden werden. Kein besonnen denkender Mann wird eine solche aus bloßer Begriffs-Verwirrung hervorgegangene Behauptung sich aneignen wollen; der Ruhm, sie gewagt, und, auf sie gestützt, die Regierung angeklagt zu haben, sie sey bereit, das Steuer-Vermilligungsrecht der Stände zu verdrängen, - dieser Ruhm wird ihm allein verbleiben, der nach demselben gekrebt, selbst der Reich wird ihm solchen nicht rauben wollen.

8) Nicht der Uebertreibung, nur des Mangel an geordneten Begriffen und des Ueberflusses an großen Widersprüchen, in welche man sich selbst oder mit den Thatsachen geräth, wie fast in jedem andern Satz des Wortzugs zu bemerken ist.



so erfreuliche Fortschritte in seinem Aderbau und in seiner Gewerbs-Industrie gemacht hat, werde in seiner Zahlungs-Fähigkeit gegen Preußen um so weniger zurückstehen, als es den gleichen Zollschuß genieße, und an allen jenen Vorteilen, die ein Markt von 25 Millionen Menschen und die künftigen Verträge mit fremden Staaten darbieten, gleichen Antheil habe!

Aber man müsse ganz unbekannt mit dem wahren gegenseitigen Stand der Gewerbsverhältnisse in Preußen und Württemberg, man müsse ein Fremdling in der Geschichte des Handels seyn, wenn man sich solchen irrtümlichen Voraussetzungen hingeben wollte \*) 2). Handel und

Die Regierungsbefugte Düsseldorf 99 Q. M. 208, 208 fl.

Röln	75	399,808 fl.
Nachen	76	354,742 fl.
Köln	109	436,828 fl.
Trier	181	390,452 fl.

enthaltten

1) Sieht man nur 3 Hauptartikel ihrer Ausfuhr	480	2,288,596 fl.
2) Baumwollenwaaren	38	Mill. Thaler.
3) Seidenwaaren	3 1/2	—
3) Wollenwaaren	3 1/2	—

oder 115. Mill. Gulden, in Berechnung; so müßte Württemberg, um sich mit seinen 356 Q. M. und 1,500,000 Einwohnern ins Gleichgewicht zu stellen, für 75 Mill. Gulden ausführen; es führt aber nur aus für 16 Millionen Gulden aus Württemberg; Beschreibung.

Die Gesamtausfuhr Preußens kann noch selbst auf 200 Mill. Gulden angeschlagen werden, und doch beträgt die Gewerbesteuer nur 3,534,325 fl., während diese Steuer sich in Württemberg bei 16 Mill. Ausfuhr auf 325,000 fl. beläuft; nach dem preussischen Maßstabe sollte diese Steuer nur 282,746 fl. betragen. Preußen weiß sich

9) Wir werden gleich hören, wie bekannt Herr Bais mit dem wahren gegenseitigen Stand der Gewerbs-Verhältnisse und mit der Geschichte des Handels seyn, müssen aber vorher noch die Note beachten, die der Redner dieser Stelle beifügt.

Gewerbe können ohne Freiheit nicht bestehen 11). In den Fesseln eines veralteten Zunftzwangs; mit geschmützten, plombirten Frachtwägen, mit Begleitscheinen, mit gestempelten, versiegelten Frachtbriefen, mit von zwei Zeugen und den Ortsbehörden gesiegelten und unterschriebenen Ursprungszeugnissen, mit doppelten Declarationen, mit Anmeldung und Visitation an jedem Zollamt, mit Begleitung bemaffneter Zollschuwächter. — mit all diesen lästigen, zeitraubenden, kostspieligen Formalitäten, kann eine beginnende Gewerbsindustrie nicht gedeihen. Hat sie aber, durch Umstände und Verhältnisse begünstigt, in einem Lande einmal Wurzel gefaßt, ist ihre Wichtigkeit vom Staat anerkannt, und zieht sich die Rücksicht auf Handel und Gewerbe durch alle Äste der Gesetzgebung und der öffentlichen Verwaltung wie ein rother Faden hindurch; erhalten die Sitten des Volks, seine Begriffe von Ehr' und Bürgerglück dadurch ihre Richtung, so mag

durch die Verbrauchssteuern zu entschädigen, und belastet seine für das Ausland arbeitenden Gewerbe weniger als wir; so ist z. B. allein die Branntweinfabrication mit 9,354,201 fl. Steuern belegt 10).

10) Was sollen diese Zahlen beweisen? Etwa, daß die Industrie in den preussischen Rheinprovinzen von der in Württemberg verschieden sey? Wer zweifelt daran? Sie ist auch von jend' in den andern Theilen der preussischen Monarchie verschieden. Es haben aber diese seit dem Verein mit den Rheinländern ihren Gewerbseiß keineswegs verliert, sondern anfallend beobachtet gesehen. Auch in Württemberg befindet sich die Industrie nicht überall in gleichem Zustand; sollen andere Staaten deshalb mit uns keinen Vertrag abschließen? Unser Verkehr mit Preußen ist nicht bloß auf die Rheinprovinzen gerichtet. Herr Bais sollte bedenken, daß bei verwickelten Verhältnissen und ausgebreiteten Ländern eine einseitige Ansicht von niedrigem Standpunkte aus nur zu Irrthümern verleitet.

11) Von welcher Freiheit spricht der Redner? Von der Gewerbsfreiheit oder von der politischen? Schwerlich von letzterer, die er in Preußen nicht finden will; während er doch seine blühende Industrie anerkennt.

Wir zweifeln, ob er darüber mit sich im Klaren sey, wie sich das ausweisen wird.

Das in der Freiheit entstandene Gewerbsleben ist auch später bei dem Druck von Mauthen, Verbrauchssteuern u. s. w. erhalten <sup>12)</sup>! Ich belege diese Wahrheit mit Beispielen.

Die ehemaligen Herzogthümer Berg, Jülich und Cleve, die Kurfürstenthümer Köln und Trier, ein Theil der nassau-oranischen Länder (nunmehr die preussischen Rheinprovinzen genannt) genossen unter ihren früheren Regierungen der vollkommensten Gewerbefreiheit, es war von Gewerbs- und Verbrauchssteuern so wenig die Rede als von Mauthen; auch nach außen war der Handel durch Zölle nur wenig erschwert; — zu diesen günstigen Verhältnissen gesellte sich ein mittelst des Rheins erleichterter Verkehr mit dem damals noch in vollem Besiz seines Handels befindlichen reichen Holland, die Fabrikunternehmer erhielten ohne Schwierigkeit Geld- und Waarencredit, ihre Erzeugnisse fanden raschen und gewinnbringenden Absatz nach Holland und dessen Kolonien; die vor-

- 12) Ist dies die Geschichte des Herrn Jais? — Nun, mit allen erwähnten Formalitäten wurden in England und Frankreich unter Napoleon, während der Continental-Sperre, selbst in Deutschland Handel und Gewerbe zu fortschreitendem Gedeihen gebracht. Ja, in den Fesseln des Zunftzwangs hatten die alten Reichsstädte, die Heimath des Zunftzwanges, ihren Handel und ihre Gewerbe, ihre Anfangs nur beginnende Industrie zur beneidenswerthen Höhe erhoben. Doch wird deshalb ihr Beispiel Niemand nachahmen wollen; denn Zeiten und Verhältnisse haben sich geändert, dies ist verständig abzuwägen, übrigens, wir müssen es bekennen, glänzend originell ist die Phrase von dem rothen (vermuthlich türkisch-rothen) Faden, der sich durch alle Acte der Gesetzgebung und der öffentlichen Verwaltung hindurch ziehen soll! Es wäre sogar bedenklich, wenn derselbe „den Sitten eines Volkes, seinen Begriffen von Ehre und Bürgerglück“ eine durchaus kaufmännische Richtung gäbe. — Man schreibt noch nicht schön, auch wenn man dunkeln Gedanken irgend einen farbigen Anstrich zu geben sucht. Man sollte bedenken, daß kein Zollsystem ohne Formalitäten und Sicherheitsmaßregeln bestehen kann. Und Herr Jais selbst verlangt Zölle gegen französische Waaren.

glücklichen Erbkönig und Kaiser im Rheinischen, die reichen Steinkohlenlager an der Ruhr, die durch die gesegneten Kornländer, Jülich und Cleve erzeugte Wohlfeilheit der ersten Lebensbedürfnisse, Alles zusammengekommen bewirkte einen Aufschwung von Industrie, es erzeugte einen Schatz von technischen Kenntnissen und Erfahrungen; es vermehrte die Geldmittel der Unternehmer und das Selbstvertrauen der Fabrikanten in dem Grade, daß sie mit entschiedenem Vortheil auftreten konnten. Die französische Revolution und die siegreichen Heere der Republik, noch mehr aber Napoleon, der in allen übrigen deutschen Ländern die alten Verfassungen mit Füßen trat und Willkürherrschaft an ihre Stelle setzte, erschienen für die Rheinprovinzen als ein schützender Genius, in der einen Hand mit Gesetzbüchern, die dem Geist einer neuen großen Zeit entsprachen, in der andern Hand den Freibrief, der diese schönen Länder auf ewig von der Hyder des Feudalismus erlöste.

Zwar brachte Napoleon zugleich die Fesseln des französischen Mauthsystems, aber damit auch den freien Handel mit Frankreich, Spanien, Belgien, Holland, Italien ic., und als der große Eroberer seinem Geschick unterlag, und in Folge dieser Katastrophe alle alten Rechte und Vorrechte sich wieder aus Staub und Asche erhoben, und um so ungezügelter sich erheben, je schmerzlicher die Berechtigten die Schmach der Unterdrückung und die Bevorrechteten das Entbehren ihrer Genüsse empfanden, hatten, so traf jene Länder das merkwürdig günstige Loos, der Krone Preußen zuzufallen, die nicht allein alle ihre unter französischer Herrschaft erworbenen unschätzbaren Rechte und Gesetze bekräftigte und ehrte, sondern sich auch die Achtung und Treue ihrer neuen Unterthanen durch den werthvollsten Schutz, durch eine musterhafte öffentliche Verwaltung und die großartigste Unterstützung der Gewerbe und des Handels zu erwerben wußte, und die diesen Bemühungen dadurch, daß sie das ganze constitutionelle Deutschland dem freien Verkehr der preußi-

(schen Fabrikzeugnisse durch einen Zollverein zu öffnen  
nicht, die Krone aufzusetzen im Begriff steht. —

Meine Behauptung: daß ohne Freiheit Handel und  
Gewerbe sich gar nicht entwickeln können, findet auch  
durch die ganze Geschichte ihre Bestätigung.

Ehe Philipp seinen Alba nach den Niederlanden sandte,  
blühten die Gewerbe, sie wanderten bei dessen Erscheinen  
nach England aus, wo sie mit der englischen Revolution,  
mit der gesetzlichen Freiheit des Landes stiegen, und jetzt  
eine Macht bilden, die, obgleich mit den aristocratischen  
Elementen verwachsen, dennoch selbstständig ist, so daß  
Großbritanniens Macht, ohne die vollständigste gesetzliche  
Freiheit, aus welcher allein sein Handel und seine Ge-  
werbe entsprossen sind, gar nicht denkbar wäre. Ähnliche  
Beispiele ließen sich bei Venedig, den deutschen Han-  
sestädten u. s. w. anführen, alle beweisen, daß zum Ent-  
stehen des Handels Freiheit gehört, daß er aber, wenn  
er einmal erstarkt ist, auch bei einiger Schmälerung bür-  
gerlicher Freiheiten, bei dem Druck der Manthen und  
Verbrauchssteuern zur Noth fortbestehen kann <sup>13</sup>). —

- 13) Wir irren wohl nicht, wenn wir voraussetzen, Herr Baur habe  
geglaubt, in dieser so schönen als langen Tirade sey von ihm  
der Ausdruck der Geschichte des Handels aufgefaßt und wie-  
der gegeben worden. Wozu sonst die hochtrabende Rede von  
den Rheinprovinzen, von ihrer Lage am Rhein, ihrer Verbin-  
dung mit Holland, ihrem Geld- und Waarencredite, und ihren  
Steinkohlenlagern; von der französischen Revolution und von  
Napoleon, dem schützenden Genius, der in allen übrigen deut-  
schen Ländern, mit Ausnahme der Rheinprovinzen, die alten  
Verfassungen mit Füßen trat, von diesen mit Füßen Getretenen,  
die aus Staub und Moder die alten Verfassungen wieder er-  
zeugen mußten, von Philipp und Alba, und von Merkur und  
seinen geflügelten Fersen? Sollte man nicht meinen, Preußen  
und Württemberg mußten noch die Geschichte der Rheinprovin-  
zen über sich ergehen lassen, sie mußten sich erst Steinkohlen  
und den Credit in Holland anschaffen, ehe sie an Industrie und  
freien Handel mit diesen Provinzen denken dürften? Und wie  
kann eine Geschichte belehrend für uns seyn, die erzählt, es  
habe in den Rheinprovinzen von jeher die vollkommenste Ge-

Wer wird aber die Behauptung aufzustellen wagen, daß Süddeutschland, daß namentlich Württemberg je eine Periode der Freiheit und des Wohlstandes wie die angeführten Länder gehabt habe, in der es jene Stufe der Gewerks-Thätigkeit habe ersteigen können, und bei deren Besitz es nun keiner weiteren Schonung mehr bedürfe? oder welcher unbefangene Beobachter wird sich getrauen, uns

werbefreiheit geherrscht? Doch habe erst Napoleons schützender Genius ihnen den Freibrief gegeben, und sie von der Hyder des Feudalismus erlöst. Sie genossen also die Freiheit ohne Freibrief, und trotz der Hyder? Warum also die Furcht vor Staaten, die nach der Meinung des Herrn Bais, noch nicht „von dem Geist einer neuen großen Zeit“ durchdrungen sind? Wie kann — fragen wir weiter, eine Geschichte für uns belehrend seyn, die erzählt: es habe die Befreiung „von der Willkürherrschaft, von der Schmach der Unterdrückung aus Staub und Moder die alten Vorrechte“, die doch schwerlich der Freiheit günstig seyn sollen, wieder emporgehoben? Wie können wir endlich mit Herrn Bais einen Zollverein mit Preußen für unsere Freiheit verderblich halten, da dieser liberale Mann „das merkwürdig günstige Loos“ der Rheinlande rühmt „der Krone Preußen zuzufallen, die nicht allein alle ihre Rechte und Gesetze ehrte, sondern auch die Achtung und Treue ihrer neuen Unterthanen durch den werththätigsten Schutz, durch eine musterhafte öffentliche Verwaltung und die großartigste Unterstützung des Handels und der Gewerbe zu erwerben wußte!“ — That dieß die Krone Preußen in Ländern, wo sie ungehindert nach Gutbefinden die Rechte und Gesetze ändern konnte, wie kommt dann Herr Bais zu der Furcht, diese Krone werde ohne das Recht und ohne die Macht dazu zu besitzen, unsere Verfassung zu zernichten suchen? Oder sollte es Herrn Bais mit seinen constitutionellen Gesinnungen nicht ernst seyn. Fast möchte man dieß glauben, wenn man der Stelle in seiner Motion sich erinnert, worin er mit einer Art von Bedauern sagt: unsere Gewerbe werden sich bei vermehrter Concurrenz nicht halten können, „wenn man nicht der Regierung das Recht einräume, über die Staatsgelder unbeschränkt zum Vortheil des Handels und der Gewerbe zu verfügen, was eine an ständische Bestimmung gebundene Regierung nie auf eine so großartige Weise, als es dormalen von Seiten der preussischen Regierung, zu thun im Stande sey.“

und zu sagen, daß überhaupt Hoffnung vorhanden sey, eine bedeutende Gewerbs-Thätigkeit zu entwickeln, während der Druck hoher Verbrauchs-Steuern und Manthen, und Preussens unüberwindliche Concurrnz auf uns lasten? Muß nicht vielmehr zugegeben werden, daß wir in manchen Zweigen noch sehr weit zurück sind! Man betrachte unsere gewöhnlichen Mählmühlen, unsere Salinen. Sind unsere Walzwerke, unsere Eisengießereien, unsere Fabriken in Schloßerei, Leinen-, Wollen-, Baumwollen- und Seidenwaaren so ausgedehnt, und sind ihre Erzeugnisse so vortrefflich und so wohlfeil, daß sie gerade gegen die gefährlichste Concurrnz, nämlich die der rheinpreussischen Fabriken, keines Zollschutzes mehr bedürfen? Die preussischen Rhein-Provinzen beschäftigen 614 Hüttenwerke, Eisen- und Kupferhämmer; Württemberg 12.

Müssen wir diese Fragen der Wahrheit gemäß mit Nein beantworten, so kommt man von selbst auf die weitere Frage, welche wichtige Beweggründe vorliegen, die unsere hohe Staats-Regierung zu dem so höchst wichtigen Entschluß drängen können, einen Zoll-Verein abzuschließen, der unsere Industrie alles Schutzes beraubt, und in welchem wir in materieller Hinsicht nur zu verlieren haben. 43 —

- 14) Welcher Würtemberger würde mit der Freiheit der gepriesenen Rhein-Provinzen, der Venetianer u. je getauscht haben? Wie könnte er wünschen, in ihre Lage versetzt zu werden? Selbst um ihren Wohlstand wird er sie nicht beneiden; denn viel Elend steht er dort neben dem glänzenden Reichtum Einzelner. Von der furchtbaren Ungleichheit in Vertheilung des Vermögens gibt selbst das oft gepriesene Großbritannien ein abschreckendes Beispiel; dort, in dem Lande der Freiheit, verhungern — im eigentlichen Sinne des Wortes — jährlich mehrere tausend Menschen. Dagegen werden in Württemberg zwar wenig übermäßig reiche Privatmänner gefunden, aber ein gewisser allgemeiner, selbst in seiner Beschränktheit begablicher, Wohlstand macht sich im Lande bemerklich. Will man dagegen bittere Armuth kennen lernen, so besuche man am Rhein die 614 Hütten, die Herr Pais als „Hüttenwerke“ begrüßt, während er in Württemberg 12 Eisenwerke aufzählt, in welche Zahl er sehr inconsequenter Weise übrigens natürlich mit Vor-

A) Gilt es der politische Gesichtspunkt sein? um die Idee einer Einheit Deutschlands in mercantillischer Beziehung zu verwirklichen? Einer solchen Idee, so Abwägend wie auch wahr, dürften dann doch die materiellen und politischen Interessen Württembergs nicht zum Opfer gebracht werden <sup>15)</sup>.

B) Oder glaubt man den Actiohandel des Landes durch den Verein zu fördern <sup>16)</sup>? Es ist aber in meiner früheren Motion gezeigt worden, daß wir mit diesem Handelsauf Frankreich und die Schweiz angewiesen sind <sup>17)</sup>. Zeigen auch die Ausfuhr-Listen eine bedeutende Ausfuhr nach den preussisch-hessischen Vereins-Ländern, so ist zu bemerken, daß unser Verkehr mit Frankfurt a. M., unser

betrachtet die kleinen Hütten nicht eingerechnet hat. Es heißt das Vaterland lästern, wenn man unser Schicksal gegen jenes der Proletäre in Venedig und am Rhein bejammert. Allerdings sind wir hinsichtlich der Industrie noch in Vielem zurück, aber nicht Mangel an Freiheit, nicht steigende Armuth, die Herr Pais bei uns zu sehen glaubt, ist die Ursache dieses Zurückbleibens, sondern der Fruchtbarkeit des Bodens, dem Verhältniß der Bevölkerung, dem gleichmäßigen Wohlstand, dem selbst von Herrn Pais im abermaligen Widerspruch mit sich selbst in seiner Motion bemerkten Umstände, daß Württemberg nicht genug arme Leute hat, ist es beizumessen, wenn bei uns die Fabrik-Herrn nicht Tausende von unbeschäftigten Händen um einen Spottpreis mietben, die Kinder dem Schul-Unterricht entziehen, und so ihre Thätigkeit einträglich für ihre Brod-Herren machen können, wie von dem Eldorado des Herrn Pais gerühmt werden mag.

15) Und doch wünscht Herr Pais aufrichtig eine Vereinigung von Deutschland! — Wer will aber unsere materiellen und politischen Interessen zum Opfer bringen? Die Vortheile eines großen Marktes sollen doch nicht zum Opfer gebracht werden, wenn Einzelne ihren möglichen Verlust fürchten? Wäre dies politisch?

16) Man glaubt es nicht nur; man hat sich bereits durch die Erfahrung davon überzeugt.

17) In der Motion ist mancherlei behauptet, gezeigt nichts worden. Armes Württemberg, wie würde es um deinen Handel stehen, wenn du sonst keinen Verkehr hättest?



Holzhandel nach Holland, und hauptsächlich unsere vielseitigen Tauschgeschäfte mit Hessen darunter begriffen sind; zieht man diese von der Haupt-Summe ab, so wird der Antheil Preußens klein ausfallen<sup>18)</sup>).

C) Gebietet etwa der Grundsatz gleichmäßiger Besteuerung den Verein, damit die Staatsdiener und diejenige wohlhabende Classe der Staatsbürger, die keine directen Steuern bezahlen, getroffen werden? aber ich habe oben gezeigt, daß, wollte man die indirecten Steuern erhöhen, auch die directen in gleichem Verhältniß steigen müßten, denn die Verfassung will, daß die Theilnahme an den Staatslasten gleich sey; man wird aber von Seiten der Regierung nicht gemeint seyn, neue Staats-Ausgaben zu ersinnen, um die erhöhten directen und indirecten Steuern an Mann bringen zu können. Die unproductive Staats-Kasse zu füllen, und den productiven Händen der Bürger das Geld, den Nerv der Gewerbs-Thätigkeit, zu entziehen, kann unmöglich in der Absicht der Regierung liegen<sup>19)</sup>).

D) Wollte man den finanziellen Punkt geltend machen, und die Zoll-Einnahme von 6 bis 700,000 fl. für unentbehrlich halten, so gebe ich nur zu bedenken, daß der Zoll eine der schlechtesten Finanz-Quellen ist, denn,

18) Es muß allerdings ärgerlich für Herrn Pais seyn, daß die Ausfuhr-Listen eine bedeutende Ausfuhr nach den preussisch-hessischen Vereins-Ländern zeigen; er tröstet sich indeß damit, daß in dieser Ausfuhr unser Holzhandel nach Holland begriffen sey. Aber zufälliger Weise enthalten die Listen beinahe gar keine Holz-Ausfuhr nach Preußen, und somit heben sich die Täuschungen, welche Herr Pais diesen Listen unterlegen will, von selbst auf. Doch, unsere vielseitigen Tauschgeschäfte mit Hessen? Gedrht denn Hessen nicht zu den preussisch-hessischen Vereins-Ländern, und ist nicht der Verkehr mit dem nächstgelegenen Lande in der Regel bei weitem der wichtigste?

19) Oben wurde die gleichmäßige Besteuerung als eine unvermeidliche, unglückliche Wirkung des Vereins dargestellt, hier wird sie zu den Gründen und Ursachen desselben gezählt. Eine ganz eigene Logik!

um diese Summe zu erhalten, müssen 1,200,000 fl. von den Bürgern erhoben werden.

Es gibt keine Steuer, die so viele Familien um Ehre, Leben, Gemüthsruhe, Wohlstand und alles Lebensglück bringt wie die Wauth! Ueberdieß würde mit dem Eintritt in den Verein eine Haupt-Einnahme — der Zoll auf Zucker — aus zweierlei Ursachen sich sehr vermindern; einmal, weil bei einem Zollsatz von 17 fl., was 106  $\frac{2}{3}$  nach dem jetzigen Ankaufs-Preis ausmacht, der Reiz zum Schmuggel zu groß und gar nicht zu verhindern ist, und weil zweitens die bereits bestehenden 49 preussischen Zucker-Raffinerien sich so vermehren werden, daß wenig raffinirter Zucker, und folglich wenig Zoll eingeht wird. Württemberg kann sich diesen Erwerbs-Zweig nie aneignen, weil das Brennmaterial zu theuer, und der Abfall an Syrup nicht zu verwerthen ist\*).

Verkleinert sich unsere Zolleinnahme noch mehr, während die Zollsätze sich erhöhen, die Erwerbslosigkeit aber in furchtbarer Progression als Folge der Concurrenz der rheinpreussischen Fabrikwaaren zunimmt, so ist schwer zu begreifen, wie sich ein so hoher Zoll in finanzieller Hinsicht vertheidigen läßt.

E). Einen weiteren Beweggrund zum Anschluß konnte man darin suchen wollen, daß die hohen Zölle auf fremde Waaren die württembergische Industrie begünstigen; allein dieser Grund hält am allerwenigsten Stich, denn es gibt wenige Artikel, die nicht in den Rhein-Provinzen besser und wohlfeiler gemacht würden; warum es so ist, ist schon oben ausgeführt worden <sup>20)</sup>).

\*) Es geht aus amtlichen Quellen hervor (Herbers Beiträgen), daß Preußen nur noch  $2\frac{1}{2}$  % seines ganzen Zucker-Bedarfs im raffinirten Zustand vom Ausland bezieht.

---

20) Die Regierung von Württemberg hat das Wohl des Landes, nie einen bloßen Gewinn für ihre unmittelbaren Finanzen beabsichtigt, als sie den Verein mit Preußen, und zugleich was Herr Bais stets unberührt läßt, mit den beiden Hessen und

Nachdem ich die Beweggründe, die für und wider den Verein sprechen, beleuchtet habe<sup>21)</sup>, bleibt mir noch übrig, mich kurz über die nachtheiligen Folgen zu verbreiten, die aus dem Verein für Württemberg hervorgehen würden.

1) Unser sonst so blühender Colonialwaaren-Handel, der schon jetzt größtentheils nach Baden ausgewandert ist, wird bei Einführung des preussischen Tarifs vollends ganz verschwinden<sup>22)</sup>. Man tröste sich aber nicht mit dem eiteln Hoffnung, daß wir im Besitz aller übrigen Handels-Zweige bleiben werden. Der Handel ist eine zusammenhängende Kette; ein Glied reiht sich an das andere; je bedeutender das herausfallende ist, desto gewisser folgt

mit vielen andern Staaten für wünschenswerth erkannt. Die Regierung wußte sehr wohl, daß die Zoll-Einnahme sich vermindern müsse, je mehr Zoll-Linien aufgehoben würden. Aber sie hatte von den Segnungen einer großen Circulation, an gesunde Begriffe, um sich in den engen Kreis der Idee einiger Specerei-Händler einzuwängen zu lassen. — Was den Punkt D) betrifft, so ist schon früher bemerkt worden, daß wir nicht mit den Rhein-Provinzen, sondern mit der preussischen Monarchie und mit dem größten Theil von Deutschland einen Vertrag schließen. Nach der Argumentation des Redners könnte ein Zwang, dem wir uns seiner eigenthümlichen Verhältnisse unserer Industrie in Kaufstadt oder Künigsberg nicht genehm wäre, sich auch gegen den Verein mit Württemberg erklären.

2) Beweggründe für den Verein, haben wir so wenig abhaltbare wie er denselben gesundens wor, lesen wir oft die Formel: „wie ich gezeigt“ „wie ich oben bewiesen habe“, während überall nichts gezeigt, und nichts bewiesen war. Solche Dialektik gleicht jener des Kapuziners, der im ersten Theil seiner Predigt sagte: „wenn die Weltleute nichts tugen, so müßt ihr sie meiden“, und im zweiten; „da ich oben bewiesen habe, daß die Weltleute nichts tugen, so müssen wir Kapuziner eure würdigste Gesellschaft seyn.“

3) Warum soll er verschwinden, da er nur den Schmeißel zu fürchten hat, der von der einen Seite, nämlich von den bayerischen Grenzen, künftig nicht mehr statt finden, und dem auf der westlichen Seite künftig um so fruchtiger entgegenzuwirken werden kann.

die andern nach. Da, wo sich der Colonialwaaren-Handel, der seiner Natur nach große Kapitalien, viele Schiffe, Fuhrleute &c. in Mahrung setzt, etablirt, da entspringen sich schnell alle Bequemlichkeiten und fördernden Einrichtungen, und ziehen die andern Handels-Zweige nach. Der Handel verlangt freie und schnelle Bewegung. Wer hat nicht umsonst geflügelte Fersen<sup>23)</sup>!

22) So lange das Großherzogthum Baden dem Verein nicht beitrifft (und wer kann es zwingen?), so lange bleiben unsere westlichen Grenzen der traurige Schauplatz des Schmuggel-Handels<sup>24)</sup>. Aller gegenseitige Verkehr liegt bereits darnieder. Die steigende Armuth verleitet am Ende einen großen Theil der Grenz-Bewohner auf die Bahn des Verderbens; Müßiggang, Raub und Mord

23) Eine Hoffnung ist noch nicht eitel, wenn Herr Pais sie dafür erklärt; und wenn viele unserer Handels-Zweige belebt werden; so können wir uns trösten, wenn es nicht alle sind. Herr Pais sagt: der Colonialwaaren-Handel wird verschwinden, und nur mit ihm entfallen sich schnell alle Bequemlichkeiten. Der Colonialwaaren-Handel wird aber nicht verschwinden, so lange sich die Constitution der Colonialwaaren erhält; wohl aber mag dieser Handels-Zweig in dem Verein mit Preußen theilweise eine andere Gestalt annehmen, insofern die kleineren Händler ihren Bedarf größtentheils unmittelbar von dem Productions-Orte beziehen, und damit den Absatz, den sie bisher gemeinschaftlich mit den Consumanten an die sogenannten en gros Händler geben mußten, ersparen können. Der Handel, welcher fort, verlangt schnelle Bewegung, dies nennt er zeigen, beweisen. Würde aber in dem isolirten Würtemberg die Bewegung schneller als in den vereinigten Ländern seyn? Wird die Bewegung nicht um so freier, je weniger Zollschranken sie zu überwinden hat?

24) Werlar mit seinen beschügelten Fersen, der diese Schranken jetzt gleichwohl nicht zu überfliegen, sondern nur zu durchschleichen gewagt, wird künftighin auch dieses zu thun weniger veranlaßt seyn.

25) Niemand will Baden zwingen. Aber dasselbe will nur einen größeren Verein, daher hat es den Entschluß faßt gethan, mit Württemberg und Baiern, jedoch nur in Verbindung mit Preußen, sich zu vereinigen.

kommen an die Lageordnung; die Criminalgerichte, die Strafanstalten werden unzureichend, und die Gemeinden nicht mehr im Stande seyn, die steigende Zahl der Armen zu unterhalten; und fällt sonst noch ein Bunder unter die unzufriedenen, unglücklichen, ihres früheren Erwerbs beraubten Menschen, so ist das daraus entstehende Unheil nicht zu ermessen.

Dieser excentrische Zustand müßte um so gewisser und schneller herbeigeführt werden, wenn man, in der Meinung, den Schmuggel mit Gewalt zu unterdrücken und Baden auf indirecte Weise zum Beitritt zu zwingen, energische und folglich kostspielige Maßregeln anordnen wollte; dadurch würde vollends aller Verkehr mit Baden vernichtet und aller Schaden nur auf uns zurückfallen <sup>25)</sup>.

3) Träte aber auch Baden, um diesen Calamitäten ein Ende zu machen, dem Verein bei, wollte es den großmüthigen Entschluß fassen, auf alle die großen und legitimen Vortheile, die aus seiner Handels-Politik so reichlich fließen, Verzicht zu leisten, so müßten jedenfalls niedrige Zölle die Basis des Vertrags seyn, weil die Erfahrung lehrt, daß sie der Staats-Kasse mehr einbringen als die hohen, und weit selten Industrie, die nur unter dem Schutz hoher Zölle bestehen kann, ihres prästären Zustandes wegen, wenig Werth hat <sup>26)</sup>.

25) Dieß schauerliche Gemälde soll zeigen, daß alle Moral verschwinden, Mord und Raub der überfüllten Gefängnisse spotten, und bei dem ersten Bunder unermessliches Unheil, wahrscheinlich die Revolution selbst hereinbrechen müßten, wenn der Verein mit Preußen geschlossen würde. Und um so gewisser müßte dieß geschehen, wenn man den Schmuggel mit Gewalt unterdrücken wollte. Nun, die Regierung und die Schmuggler sind zum Dank für diese Warnung verpflichtet. Indessen möchten wir dem verehrten Redner den Umstand zu bedenken geben, daß verständige und redliche Kaufleute der Regierung erklärt haben, sie suchten keine Zölle, wenn nur dem Schleichhandel mit Kraft und Nachdruck begegnet werde.

26) Legitime Vortheile! Wir haben wohl schon von natürlichen Vortheilen gehört, welche Baden für den Handel in seiner na-

110 **Wenn unsere hohe Regierung, kann die hochansehn-**  
**liche Stände-Versammlung bei dem vorliegenden Resultat**

111 **in der nächsten Lage finde, aber von legitimen Vortheilen, die seiner**  
**Handelspolitik entsprossen, in der That noch nie. Soll hierin**  
**vor der Schleichhandel gemeint sein, der hin und wieder von**  
**Baden aus nach den diesseitigen Vereinslanden getrieben wird,**  
**so müssen wir uns hierüber billig wundern, da nach den eige-**  
**nen Bemerkungen des Herrn Pajs der Schleichhandel eine**  
**Quelle so vielen Uebels ist. Daß aber Herr Pajs hier keinen**  
**Anstand nimmt, der Isolirung und ihren angeblichen Vorthei-**  
**len das Wort zu reden, daran mag man die Reinheit seiner**  
**Gefinnungen für allgemeine deutsche Handelsfreiheit erkennen.**  
**Die Unrichtigkeit des Sages, daß niedrige Zölle der Staats-**  
**Kasse mehr einbringen als mäßige, oder wie dann die Spe-**  
**gircihändler diese nennen, als hohe, ist schon so ausführlich dar-**  
**gehan worden, daß wir hierüber kein Wort weiter verlieren**  
**müssen; kann oder will Herr Pajs die einfache Wahrheit nicht**  
**begreifen, daß niedrige Zollsätze keinen wirklichen Zollschatz er-**  
**lauben, was werden uns dann alle weitere Vernunftgründe**  
**nützen?**

112 **Und nun kommt die letzte Lehre des Herrn Pajs, worin er**  
**die Beschädigung der hiesigen Industrie durch hohe Zölle kurzweg**  
**als ein Ding erklärt, weil eine solche Industrie ihres gesell-**  
**schaftlichen Zusammenhanges wegen wenig Werth habe.**  
**Hiernach waren Friedrich II. und Joseph II. und Elisabeth,**  
**Washington und Montesquieu, Pitt und Fox, Colbert und Re-**  
**ver freilich kurzsichtige Geschöpfe, die auf in letzte und That**  
**vergebens abmühten, und die monarchischen und republikani-**  
**schen Staaten in beiden civilisirten Welttheilen, diejenigen, in**  
**welchen die Industrie freudig aufkeimt, wie diejenigen, in wel-**  
**chen sie bereits in schäbster Blüthe steht, sie alle befolgen in**  
**traurigem Irrwahn ein falsches System; sie haben eben Herrn**  
**Pajs den Propheten nicht hören können, sonst würden sie ihre**  
**fehlerhaften Systeme nie ergriffen haben. Sie alle sind in der**  
**Verblendung befangen, es müsse das durch die Verschiedenheit der**  
**politischen Institutionen gestörte Gleichgewicht der materiellen**  
**Produktion durch legislative und administrative Einrichtungen**  
**wieder hergestellt werden.**

113 **Hören wir nun noch den Grafen von Saint-Ericq in seinem**  
**eben erwähnten, der französischen Depuirteten-Kammer erstat-**  
**teten Commissions-Berichte:**

114 **„Eine zahlreiche Commission, meine Herren, welche schon**  
**am Jahr 1829, aus dem im Zoll- und Handelswesen erfahren-**

nachtheiligerer Präfatz dennoch mit den Grundsätzen des preussischen Zoll-Vertrags sich beschränken, und sich nicht die Staaten Süddeutschlands, die offenbar in Beziehung auf Handel und Gewerbe sehr abweichende Interessen von Preußen haben, auf eine selbstständige Handels-Politik, die sie nur einem Verein künftlicher deutscher Bundesstaaten mit der herabsetzenden Uebereinkunft zum Opfer bringen können, das die verschiedenen Interessen möglichst berücksichtigt werden; so müssen dieser hohen Kammer die gewichtigen Gründe nicht vorzuehalten werden, die sie zu einer solchen Entfagung bestimmen sollen.

Es liegt in der Natur der Sache, daß Preußen bei seinem nun einmal bestehenden, zum Schutz seiner Verbrauchssteuern und seiner Fabrikat geschaften Zollsystem, bei der Ausdehnung seiner Grenzen vom Rhein bis an die Maas, aus allen Kräfte ziehen werden muß, durch einen Zollverein mit Sachsen, Thüringen, Nassau, Hessen-Darmstadt, Baiern, Württemberg und Baden,

den Mitgliedern der beiden Kammern gebildet wurde, in welcher jede Lehre ihre Organe und jedes Interesse seine Vertrittiger hatte, vereinigte sich nach längeren und gehäufigsten Erörterungen in der Ansicht einmüthig: daß dasjenige System, welches sich der Auflage bedient, um das durch die commerciellen Verhältnisse zu leiten und zu ordnen, aus der politischen Erzeugung der Völker, und aus der Verschiedenheit ihrer hier als Vorbedingung anzusehenden respectiven Verhältnisse als notwendigste Folge folgt, und daß in diesem Systeme, wie es angegeben, eine Rücksicht für den öffentlichen und Privat-wohlstand liegt.

Und dieser Bericht mit den darin ausgesprochenen Grundsätzen ward in der französischen Kammer mit großem Beifall aufgenommen.

Wohl Herr Buzard diese Verlehen, wobei die ganze Welt Ansehen ist, sich nicht aufgefördert haben, zu allgemeinem Nutzen in malisch perständlicher Sprache ein Buch zu schreiben.

und nach dem 23. April 1811 in der Kammer von 1811

schlechte des Meibet zu vergrößern, das die kasspielligen  
Zolllinien zu umfassen haben, theils seiner bereits erwor-  
benen Gewerbsüberlegenheit über 30. Millionen Reichpreu-  
ßen durch blühende Verträge Stetigkeit und Fortdauer zu  
sichern.

Der Fürst von Preußen handelt es sich in dem Zollvereins-  
vertrag, den man sogar in der heftigsten Kammer einen  
Ehrenvertrag nannte, nicht allein um die materiellen In-  
teressen des Handels. Die Ehre des Landes, die wich-  
tigsten Manographen unserer Verfassung, die Sittlichkeit  
und der Wohlstand des Volks — schon in dem gegen-  
wärtigen provisorischen Zustand so sehr gefährdet — wil-  
den durch einen definitiven Verein ohne den gleichzei-  
tigen Beitritt Preußens, und ohne den Grundzug niedrich-  
ger Zölle, den empfindlichsten Stoß erleiden.  
Ein solches Verträge ist kein Gesetz, wideraufbar durch  
die 3. Fortsetzung der Gesetzgebung, er bindet uns mit in-  
fernen Ketten, die um so empfindlicher drücken, je me-  
ner unser Staatsbürgen wird.

Ganz Europa nimmt Antheil an den ständischen Ver-  
handlungen über eine Frage, die jeden denkenden Freund  
des Vaterlandes beschäftigt, und von deren Entscheidung  
das Wohl oder Wehe Süddeutschlands abhängt.

Mit den verworrenen Vorstellungen, die hier ein  
Resultat wahrheitsgetreuer Prüfung genannt werden,  
können sich Regierung und Stände weder befreunden  
noch befeinden; sie könnten höchstens bedauern, daß  
jener, welcher sich als Führer aus Labyrinth an-  
ständig, den Ausgang aus seinem Irrgarten selbst  
nicht zu finden weiß. Werden sie zu dem Sinn  
der Worte finden: „verzichteten die Ständen Süd-  
deutschlands auf eine selbstständige Handelspolitik, die  
sie nur einem Verein sämtlicher deutschen Bun-



bestanden" (also auch mit Preussens, von dessen Inter-  
 esse die übrigen so verschieden seyn sollen), „gute  
 Opfer bringen können: so mögen dieser hohen Kam-  
 mer die gewichtigen Gründe nicht vorurtheilhaft wer-  
 den, die sie zu einer solchen Entscheidung bestimmen  
 sollen.“ — In der That ist dies schwer zu verstehen. Ich  
 möchte mir glauben, der hohe Schwund solle nur  
 sagen finden: die Gründe die Gründe des Admors  
 nicht gut, so mögen sie besseren Gelehrten geben. Und  
 dies wird ohne Zweifel geschehen. Was den zweiten  
 Theil der langen Schlußrede betrifft, nämlich die ge-  
 heilige Aufschreibung der Absichten Preussens, so  
 kann nicht diese Deklaration ganz unanfechtbar sein  
 ohne Spott beschämen, da jener Staat mit einem ein-  
 vere die Vereinigung erzwingen will, und gewiß nicht  
 über den Vorwurf der Ehemündigkeit, der in der  
 Kammer nicht so wie das Kammer in Darmstadt ge-  
 macht werden soll, um so großmüthiger Tömer-  
 sehen wird, als die heiligen Gründe bekräftigt sich  
 sehr zufrieden mit dem preussischen heiligen Polkewik  
 bezogen haben. — Einmal mehr, ich will nicht sagen, daß  
 unsern Ehre, unsere Verfassung, unsere Sitte-  
 lichkeit, und unsern Wohlstand, von dem Guten Willen  
 Abhängig macht, sondern wir haben uns bei  
 der langen Beschäftigung mit dieser trübseligen Rede  
 am Ende überzeugen müssen, daß Unklarheit, Man-  
 gel an Logik, leerer Pomp und sagen wir es gerade  
 heraus — Gehaltlosigkeit die charakteristischen Zeichen  
 der Schreibart selbst eines Mannes seyn können, wel-  
 cher sich zum Führer der Stände aufwirft. Daher  
 halten wir nicht für nöthig, uns einem indignirenden





